



Ksenija Cvetković-Sander

Sprachpolitik und nationale Identität im sozialistischen Jugoslawien (1945-1991) **Serbokroatisch, Albanisch, Makedonisch und Slowenisch**

Verlag Harrassowitz 2011. 453 S.

ISBN 978-3-447-06275-6

€ 76,00 Eur[D] / 78,20 Eur[A] / 129,00 CHF

Debatten über Sprache und Sprachpolitik haben die Geschichte von Titos Jugoslawien maßgeblich geprägt. Oftmals wurden sie wie Stellvertreterkriege geführt. In einem Staat, der die nationale Frage durch die Einführung des Sozialismus unter der Losung von "Brüderlichkeit und Einheit" gelöst haben wollte, entwickelte sich Sprache zu einem zentralen Austragungsort von Nationalitätenkonflikten. In ihrer breit angelegten, detailreichen Studie weist Ksenija Cvetkovic-Sander nach, dass der Streit um die Sprache von Kroaten, bosnischen Muslimen, Montenegrinern und Serben nicht erst im Gefolge der Jugoslawienkriege ausbrach, sondern bereits seit den 1960er Jahren virulent war. Die Autorin untersucht zugleich die Frage, inwiefern die kaum weniger brisanten Fälle des Albanischen, Slowenischen und Makedonischen zur Auflösung Jugoslawiens beitrugen. Für den Zeitraum von 1945 bis 1991 werden wissenschaftliche Diskussionen sowie parteiinterne Beratungen ausgewertet, die Medien des ganzen Landes ins Visier genommen und bislang unveröffentlichte Archivmaterialien gesichtet. Cvetkovic-Sander erklärt, warum die politische Führung des Landes kein kohärentes Sprachkonzept entwickelte und weshalb von einer gesamtjugoslawischen Sprachpolitik letztlich nie die Rede sein konnte.

Cvetković-Sander, Ksenija:

1984-89 Studium der Germanistik und Komparatistik an der Universität Zagreb; 1989-91 Gaststudentin an der FU Berlin; 1991 Abschluss des Studiums in Zagreb; 1994-2001 Studium der Osteuropawissenschaften, der spanischen Philologie und der Politikwissenschaften an der FU Berlin. 2009 Promotion an der FU Berlin. Cvetković arbeitet als Historikerin, Übersetzerin für Kroatisch und Serbisch (!) und als Journalistin.

Themen- und Buchbesprechung

Jugoslawien war ein komplexer und penibel austarierter Vielvölkerstaat und Serbokroatisch de facto die übergeordnete Bundessprache. Manche Zeitgenossen mögen die Krise und den Untergang Jugoslawiens vordergründig auf die Nationalitäten- und Sprachenfrage zurückgeführt haben, die auf das zerfallene gesamtstaatliche Gefüge zentrifugal gewirkt haben soll.¹ Nun war die Sprach(en)frage schon vor dem 2. Weltkrieg als Teil der nationalen Frage ein integraler Bestandteil der gesamten ‚jugoslawischen Frage‘ und von hoher innenpolitischer Brisanz und Sprengkraft. Die ‚serbokroatische‘ und ‚jugoslawische‘ Frage lässt sich sogar bis ins 19. Jahrhundert zurück verfolgen. Die Dissertation von Ksenija Cvetković-Sander² zeichnet die holprige Entwicklung der Sprachdiskussionen in Jugoslawien seit den Anfängen bis zum Auseinanderbrechen der Föderation in allen Details nach, mit Hauptfokus auf der sozialistischen Zeit.

¹ Während einige Meinungsträger die Gründe des Zerfalls Jugoslawiens vor allem in der komplizierten nationalen Frage (bzw. Nationalitätenfrage) gesehen haben, der die Probleme der Sprache, Religion, Kultur und Identität untergeordnet waren, dürften m.E. i.e.L. die zunehmend unlösbar gewordenen politischen, ökonomischen, ideologischen und systemischen Kausalitäten für das Scheitern Jugoslawiens verantwortlich gewesen sein. Cvetković scheint sich dessen durchaus bewusst zu sein, wenn sie (etwa auf S. 78) auf das Wohlstandsgefälle in Jugoslawien hinweist. Selbstverständlich muss im Falle Jugoslawiens die nationale Frage und die Sprachfrage gesondert betrachtet und im Einzelnen analysiert werden.

² Nicht Sanader!

Sprachfragen und -probleme seien im sozialistischen Jugoslawien zwar fortwährend präsent gewesen. Sprachpolitische Entscheidungen zu treffen blieb vorwiegend einigen Politikern, Ideologen und einsamen Linguisten, Ethnologen und Schriftstellern Jugoslawiens vorbehalten, die sich dafür für zuständig hielten, und wurden meist abseits der Öffentlichkeit, d.h. ohne demokratische Konsultation und ohne demokratischen Konsens, erörtert und verabschiedet. Selbst bekannte Literaten wie Miroslav Krleža, Ivo Andrić und Dobrica Ćosić mischten sich in die Debatte ein. Es war ersichtlich: Die Sprachfragen tangierten die heikle Nationalitätenpolitik, ein Pulverfass sondergleichen. Bis zuletzt war die pathetische Losung *bratstvo i jedinstvo* (Brüderlichkeit und Einheit) für alle jugoslawischen Völker (*narodi*) und Völkerschaften (*narodnosti*) verbindlich, um sie im gemeinsamen Staat zusammenzuhalten, mit einer mächtigen serbokroatischen Staatssprache, die auch von Nichtkroaten und Nichtserben mehr oder minder als gemeinsames Verständigungsmittel akzeptiert wurde und alltäglich zum Einsatz kam, zum Beispiel in der Armee, in der Politik, in der Wirtschaft, bei den Bundesbehörden, in der zentralen Presse usw. Spätestens in den 1990er Jahren kamen die nationalen Antagonismen, die lange unter der Haube zu schmoren schienen, in Form wüster Ethnokonflikte zum Vorschein, als sie zu gegenseitigem Hass und blutigen Bürgerkriegen mit ethnischen Säuberungen und gegenseitigen Vernichtungsfeldzügen ausarteten, wie man dies in Europa nicht mehr für möglich hielt. Nachdem die Völker Jugoslawiens der Idee vom gemeinsamen Staat entsagt hatten, erhielten sie ihre eigenen Nationalstaaten, die man auch international diplomatisch anerkannte. Was die Sprachfrage in Ex-Jugoslawien betrifft, hätten nach Mappes-Niediek (s. Die Ethnofalle, 2005) die nationalen Eliten den übergeordneten Status des Serbokroatischen aufgehoben, und die Bedeutung des Wortes Sprache sei geändert worden: Sprache habe nun nicht mehr bedeutet, sich untereinander verständigen oder nicht verständigen zu können, sondern die gleiche oder eine unterschiedliche nationale Zugehörigkeit zu besitzen. Dies sei eine essentiell marxistische Auffassung, die in Westeuropa als überwunden gelte.³

Weit weniger bekannt als die unglaublichen Ereignisse der 90er Jahre sind die konkreten Vorgänge innerhalb der Sprachdebatten im sozialistischen Jugoslawien, die schon seit längerer Zeit – spätestens seit den 60ern – hinter den Kulissen zu beobachten waren. Ihnen ist also die umfassende Dissertation von Ksenija Cvetković-Sander gewidmet, die die Entwicklung der jugoslawischen Sprachpolitik vor dem Hintergrund der nationalen Frage akribisch rekonstruiert und im Detail systematisch analysiert hat. Dabei beschränkte sich die Autorin nicht allein auf das ‚Serbokroatische‘, sondern nahm auch die Entwicklungen und Ereignisse rund um das Slowenische, Albanische und Makedonische unter die Lupe.⁴ Somit schliesst die Berlinerin ‚jugoslawischer‘ Herkunft⁵ eine Lücke in der Forschung, in der ein derartiger ganzheitlicher und komparativer Versuch, wie ihn Cvetković-Sander unternommen hat, offenbar noch nicht geleistet worden ist.

Ausgangslage im 19. Jahrhundert

Die Geschichte der Entstehung und Kodifizierung südslawischer Sprachen war von Anfang an mit politischen Anliegen und Fragen der gegenseitigen ethnischen Abgrenzung verbunden. Bei den Slowenen begannen legendäre Figuren wie der Reformator Primož Trubar (16. Jh.), später Jernej Kopitar (1. Hälfte 19. Jh.), France Prešeren und Ivan Cankar einen eigenen sprachlichen Weg für die Slawen von Krain und der Steiermark in Abgrenzung zum Deutschen und ‚Kroatischen‘ (v.a. Kajkavischen) einzuschlagen. Weiter südlich modernisierte Vuk Stefanović Karadžić (1787-1864), ein Ethnologe, Diplomat und Autodidakt, die serbische Volkssprache, die sich noch ganz in der Tradition des Kirchenslawischem russischer Redaktion verankert war und in Gestalt des archaischen Slawo-

³ S. http://bib.irb.hr/datoteka/426566.NATIONALE_VARIETATEN_DER.PDF.

⁴ Meine Rezension konzentriert sich nur auf den von Cvetković dargestellten Serbokroatisch-Diskurs, der die Slowenien-Frage mit einschliesst. Die Kapitel über das Makedonische und Albanische würden eine gesonderte Besprechung rechtfertigen.

⁵ 1984-89 Studium der Germanistik und Komparatistik an der Universität Zagreb; 1989-91 Gaststudentin an der FU Berlin; 1991 Abschluss des Studiums in Zagreb; 1994-2001 Studium der Osteuropawissenschaften, der spanischen Philologie und der Politikwissenschaften an der FU Berlin. 2009 Promotion an der FU Berlin. Cvetković arbeitet als Historikerin, Übersetzerin für Kroatisch und Serbisch (!) und als Journalistin. Verheiratet mit Dr. Martin Sander. Der Name Cvetković ist rein lautlich gesehen ein Beispiel für die serbisch-ekavische Variante (kroatisch-ijekavisch wäre Cvjetković).

Serbischen (slavenosrpski) auftrat, das von Karadžić bekämpft wurde. Dabei hielt Karadžić die Štokaver unabhängig von ihrer Religion für Serben, die Kajkaver für Slowenen und nur die kleine Gruppe der Čakavisch-Sprechenden für Kroaten. Die sprachpolitischen Bestrebungen der Slawen waren damit verbunden, sich von deutsch-habsburgischer, ungarischer und lateinischer (Sprach-)Hegemonie zu emanzipieren und die südslawischen Regionen neu zu integrieren. Dabei kam es zu Widerständen seitens verschiedener Gruppen wie der Kajkaver, die nicht in die slowenische Nation integrieren liessen. Gleichzeitig entwickelten die Kroaten (Zagrebs und Ragusas, Dalmatiens) ein eigenständiges nationales Bewusstsein, indem sie sich auf die Kontinuität der mittelalterlichen kroatischen Staatlichkeit beriefen. Gemeinsam mit den Kroaten und im Gegensatz zu den Slowenen, die keine Staatstradition kannten und bei den Nachbarn als „geschichtsloses Volk“ galten, konnten die Serben ebenfalls die Existenz einer eigenen politischen Souveränität beanspruchen. Im Fürstentum Serbien wurde 1868 Karadžićs ‚Volkssprache‘ als Schul- und Verwaltungssprache anerkannt. Obwohl in Kroatien Ljudevit Gaj eine neue Orthographie entwarf, die noch heute die Basis des kroatischen Alphabets bildet, wurde Karadžićs Sprachkonzept schliesslich auch von den Kroaten weitgehend akzeptiert. Dies deutete auch in der kroatischen Philologie der zweiten Hälfte des 19. Jhs. auf eine serbisch-kroatische Annäherung hin. Aufregung wurde höchstens noch von Kleinigkeiten wie dem Buchstaben j ausgelöst, bei dem Karadžić vorgeworfen wurde, die orthodoxen Serben katholisieren zu wollen. Aber wie sollte die neue Volkssprache, die sich bei Serben und Kroaten durchzusetzen begann, denn benannt werden? In Serbien nur Serbisch und in Kroatien nur Kroatisch, Serbo-Kroatisch (wie sich der Terminus in jugoslawischer Zeit international durchsetzte) oder vielleicht gar Illyrisch oder Jugoslawisch? Für die kroatische Seite schien Ivan Kukuljević mit dem Vorschlag (1861), die Sprache als „hrvatsko-srpski“ zu nennen, eine vermeintlich verblüffende Lösung gefunden zu haben. Nun ging es eigentlich nur noch um den Unterschied zwischen Ekavisch, Ijekavisch und Ikavisch, die drei Varianten des Štokavischen, die bei der Kodifizierung irgendwie berücksichtigt werden mussten. Neben Ljudevit Gaj propagierte vor allem der Zagreber Notar Ivan Derkos die These, dass die Kroaten eine eigene Sprache besäßen und dass der Erfolg eines jeden Volkes eng mit seiner Nationalsprache verbunden sei. Im Endergebnis nahmen die sprachpolitischen Eliten Kroatiens Anfangs des 20. Jahrhunderts Kroatisch und Serbisch als eine Sprache, Kroaten und Serben aber als zwei Völker wahr, während in Serbien die Auffassung vorherrschte, das Serbentum sei überall anzutreffen, wo Serbisch gesprochen wird. Selbst im muslimisch-türkisch geprägten Bosnien, wo sich die Osmanen im Allgemeinen mehr für die Religion ihrer Untertanen und weniger für die von ihnen gesprochenen Sprachen interessiert hatten, kam Karadžićs historische Leistung ohne Probleme zur Geltung, zumal sie von einem gewissen Heimvorteil profitieren konnte, nämlich auf der Grundlage des Dialekts seiner Vorfahren, des ijekavischen Štokavischen der Ostherzegowina, geschaffen worden zu sein. Hier wurde die slawische Volkssprache pragmatisch einfach Bosnisch oder Bosnjakisch genannt. 1890 wurde der Terminus Bosnisch sogar von den österreich-ungarischen Besatzungsbehörden offiziell eingeführt, und noch im gleichen Jahr erschien eine Grammatik der bosnischen Sprache. Allerdings leisteten die bosnischen Serben bald den heftigsten Widerstand gegen die Bezeichnung Bosnisch, und auf lange Sicht hatte der Terminus auch bei den Katholiken (Kroaten) keine Chance, akzeptiert zu werden. So wurde im Oktober 1907 die Bezeichnung der Landessprache als „bosanski jezik“ durch die Landesregierung im amtlichen Verkehr wieder aufgehoben und durch die Bezeichnung srpsko-hrvatski ersetzt, und die Grammatik von Vuletić erschien nun unter dem Titel „Grammatika srpsko-hrvatskog jezika“. Die Muslime durften ihre Sprache weiterhin auch offiziell Bosnisch nennen. Das war noch nicht das Ende der Diskussion. Kurz vor dem 1. Weltkrieg löste die Sprachfrage eine Krise im bosnisch-herzegowinischen Landesparlament aus, als es um die Forderung ging, Serbokroatisch zur alleinigen Amtssprache des Landes zu erheben. Während der Name „Bosnisch“ nicht mehr zur Debatte stand, forderten die Kroaten, dass die Sprache „hrvatski ili srpski“ zu benennen sei. Nachdem 1911 die Kroaten mit den Muslimen ein Abkommen geschlossen hatten, akzeptierten die Kroaten 1912 schliesslich „srpsko-hrvatski“ als offizielle Bezeichnung der Sprache. Für Serbokroatisch schien die Geburtsstunde geschlagen zu haben.

Die ethnisch-nationalistischen Animositäten blieben auch andernorts im betroffenen Raum weiterhin bestehen: Während bei der Nationalitätenfrage etwa slowenische und kroatische Lehrbücher über die Geschichte der Serben durchaus ausführlich berichteten, wurde in serbischen Publikationen die Vergangenheit der Kroaten und Slowenen einfach ignoriert. So liefen bis zum 1. Weltkrieg die sprachpolitischen Diskussionen im Prinzip noch friedlich vonstatten, aber für die ethnischen und nationalen Konflikte der jugoslawischen Zukunft bargen sie die unübersehbaren Keimzellen.

Im Königreich des Aleksandar Karadordević

Während die Kroaten immer wieder – zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt – mit separatistischen Neigungen auf ihre Anliegen und Rechte aufmerksam machten, hatte man es bei den politisch zunehmend aktiv agierenden Serben von Anfang an mit einem Partner zu tun, der seine chauvinistischen Interessen ohne Rücksicht auf andere Wünsche mit Brachialgewalt durchzusetzen beabsichtigte. Diese Aussage kann am Beispiel der Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ nachvollzogen werden, das unter grober Missachtung nichtserbischer Einwände von Prinzregent Aleksandar Karadordević am 1. Dezember 1918 als Folge der Korfu-Deklaration vom 20. Juli 1918⁶ proklamiert wurde. Nach der Verfassung von 1921 verstand sich das Königreich als Heimatland einer aus drei „Stämmen“ bestehenden „dreinamigen Nation“ mit „serbo-kroato-slowenischer Sprache“. Mit dieser neuartigen Titularnation wurde auch die Existenz von nationalen Minderheiten anerkannt, ausser derjenigen der Albaner und Mazedonier (od. Makedonier, Makedonen) in „Südserbien“. Von Anfang an setzte sich das zentralistische Staatskonzept, in dem die Serben das Sagen haben wollten, gnadenlos durch. Das merkwürdige Verfassungsideologem der Dreieinigkeit⁷ liess sich vor allem in sprachlicher Hinsicht nicht verwirklicht, denn eine serbo-kroatisch-slowenische Sprache gab es schlicht nicht. So entstand von Anfang an eine paradoxe Situation. Das neue Konzept bedeutete sogar vielmehr auch eine Reversion der historischen Errungenschaft des gemeinsamen serbokroatischen Sprachstandards, der sowohl in Serbien als auch in Kroatien und Bosnien Gültigkeit hatte. Zudem hatte sich die slowenische Sprache selbständig vom benachbarten Serbokroatischen entwickelt, und die Regierung in Belgrad stellte die Besonderheit des Slowenischen auch nicht in Frage. Bei der ersten Volkszählung wurde auch offiziell zwischen Serbokroaten und Slowenen unterschieden, und einer Slowenisierung stand in Krain und in der südlichen Steiermark nichts im Weg. 1919 entstand in Ljubljana eine slowenischsprachige Universität, und die slowenischen Abgeordneten durften im Belgrader Parlament ihre Muttersprache benutzen. Das Slowenische wurde neben dem Serbokroatischen und Bulgarischen offiziell als dritte südslawische Schriftsprache anerkannt und etabliert. Dennoch begann in Slowenien auch das Serbokroatische eine wichtige Rolle in der Armee, Politik und Verwaltung sowie im Schulwesen zu spielen. Nachdem die Slowenen diesen Einfluss zunächst auch nicht beanstandeten, gab es ab 1922 von serbischer Seite aus unverhohlene Versuche, die Slowenen zur Aufgabe ihres Idioms zu bewegen. Da die Mehrheit der slowenischen Intellektuellen sich aber für den Erhalt des Slowenischen aussprach, wurden diesbezügliche serbische Zumutungen empört zurückgewiesen. Dies tat man nicht ohne Kompromisse vorzuschlagen, etwa dass die kroatischen und serbischen Beamten sich bitte auch das Slowenische aneignen möchten. Was das Serbokroatische betraf, schien man im Königreich eine Politik der „gemeinsamen Entwicklung des Volkes“ mit einer „gemeinsamen Sprache“ zu favorisieren. Wie ernst es dem Staat mit dieser gemeinsamen Sprache war, konnte Cvetković mangels Informationen nicht nachweisen. In der Realität setzte sich der Streit um Meinungen und Ansichten vor allem zwischen einzelnen serbischen und kroatischen Linguisten fort, die als einseitige nationalistisch-fanatische Pedanten bezeichnet werden können, zumal es in der Praxis eigentlich nur noch um Fragen der Zagreber und Belgrader Aussprache (ekavisch/ijekvisch) und um die Polemik zu lexikalischen Differenzen ging. Es zeichnete sich ab, dass die Sprachfrage als Vorwand für politisch-nationales

⁶ Dort hiess es u.a.: 1. The State of the Serbs, Croats, and Slowenes, who are also known by the name of Southern Slavs or Yugoslavs, will be a free and independent kingdom, with an indivisible territory and unity of power. This State will be a constitutional, democratic, and Parliamentary monarchy, with the Karageorgevich dynasty, which has always shared the ideals and feelings of the nation in placing above everything else the national liberty and will at its head. 2. The name of this State will be the Kingdom of the Serbs, Croats, and Slowenes, and the title of the sovereign will be King of the Serbs, Croats, and Slowenes. 5. The three national denominations, the Serbs, Croats, and Slowenes, are equal before the law in all the territory of the kingdom, and each may freely use it on all occasions in public life and before all authorities. 6. The two Cyrillic and Latin alphabets also have the same rights and every one may freely use them in all the territory of the kingdom. The royal and local self-governing authorities have the rights and ought to employ the two alphabets according to the desire of the citizens. 7. All religions are recognized, and may be free and publicly practiced. The Orthodox, Roman Catholic, and Mussulman religions, which are most professed in our country, will be equal, and will enjoy the same rights in relation to the State. In view of these principles, the Legislature will be careful to preserve the religious peace in conformity with the spirit and tradition of our entire nation. 11. All citizens throughout the territory of the kingdom are equal, and enjoy the same rights in regard to the State and the law.

⁷ Der Wahlspruch des Königreichs lautete: „*Ein Volk, ein König, ein Staat*“.

Geplänkel benutzt oder missbraucht wurde. Die Lage spitzte sich Anfang Januar 1929 im Königreich dann politisch auch erheblich zu, als Aleksandar Karađorđević nach einem Attentat im Belgrader Parlament die Verfassung von 1921 ausser Kraft setzte, das Parlament auflöste und das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ in „Königreich Jugoslawien“ umbenannte. Als Folge dieses Staatsstreichs wurde die Königsdiktatur eingeführt.⁸ Die einzige sprachpolitische Massnahme der Regierung betraf den Orthographieerlass von 1929, der mit Ausnahme des Slowenischen für das gesamte Staatsgebiet eine einheitliche Rechtschreibung vorschrieb.

Zweiter Weltkrieg unter dem kroatischen Ustaša-Regime

Die kurze, aber umso extensive Zeit des Zweiten Weltkriegs, die viel Leid über die Völker Jugoslawiens brachte, stellte eine brutale Zäsur auch in der Sprachpolitik Jugoslawiens dar. Nach der Unterzeichnung des Dreimächtepakts durch die jugoslawische Regierung wurden Teile Sloweniens und Dalmatiens entweder von den Deutschen, Ungarn oder Italienern besetzt und annektiert. Serbien kam unter direkte deutsche Militärverwaltung, aus Montenegro wurde ein italienischer Vasallenstaat und Mazedonien wurde dem bulgarischen Staat angegliedert. In den deutsch und ungarisch besetzten Regionen Sloweniens wurde die slowenische Sprache verboten. Als Marionette des Dritten Reichs wurde auf kroatischem und bosnischem Gebiet ein „Unabhängiger Staat Kroatien“ ausgerufen, der von Ante Pavelić und seiner faschistischen Ustaša diktatorisch-totalitär regiert wurde. Unter Pavelić setzte ein präzedenzloser nationaler Extremismus ein, dessen Konsequenzen die Sakralisierung alles Kroatischen und die Verdrängung von anderen Ethnien wie Juden, Zigeuner und Serben⁹ umfasste, sodass von einem Völkermord an diesen Völkerschaften die Rede ist. Die direkte Einmischung des Ustaša-Staats in die Sprachpolitik umfasste die Reglementierung und Säuberung der kroatischen Sprache. Gegen den Widerstand eines Teils der kroatischen Philologen, der sich für die Beibehaltung der phonologischen Schreibweise aussprach, verordnete Pavelić die etymologische Orthographie. Wie weit die Akzeptanz dieser hochumstrittenen sprachpuristischen Massnahmen auch bei der kroatischen Bevölkerung reichte, ist laut Cvetković-Sander schwer einzuschätzen, ebenfalls die Verstrickung eines Teils der kroatischen Sprachwissenschaft in die Machenschaften des Ustaša-Regimes. Da konkrete Studien, Angaben und Erkenntnisse zur Erhellung dieser Sachlagen fehlten, könne man lediglich darauf hinweisen, dass die Gebietsverluste in Dalmatien und die Folgen der Willkürherrschaft der Ustaša wichtige Gründe für die Enttäuschung der Bevölkerung gewesen sein mussten.

Jugoslawien unter den Tito-Kommunisten

Während des Zweiten Weltkriegs schlug dann die Sternstunde der Kommunisten, deren Theoretiker und Funktionäre davon ausgingen, dass die nationale Frage die Arbeiterklasse nichts angehe und dass die proletarische Revolution die Auflösung der Klassen und der bürgerlichen Nation herbeiführen würde. Die nationale Frage sei aber nicht nur eine Angelegenheit der Bourgeoisie, sondern auch der Kommunisten, wurde behauptet. Diese Theoreme, mit denen sich auch die Komintern befasste, sind hinlänglich bekannt, haben ihre Gültigkeit eingebüsst und wurden inzwischen auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Im sozialistischen Jugoslawien wurde unter den Partisanen von Marschall Josip Broz Tito (1892-1980), dem Sohn eines Kroaten und einer Slowenin, die einschlägige Diskussion vor allem von dem Slowenen Edvard Kardelj (1910-79) und dem Montenegriner Milovan Đilas (1911-95) geführt, die ihre eigenen kontroversen Beiträge über die nationale und die Klassenfrage beisteuerten. Bekanntlich gingen die Kommunisten von der

⁸ 1934 kam Aleksandar bei einem Attentat in Marseille selbst ums Leben. Der Attentäter war übrigens nicht etwa ein Jugoslawe, sondern ein Bulgare gewesen.

⁹ Unter der Herrschaft der Ustaša (1941 bis 1945) fielen 330'000 bis 390'000 Serben einem Völkermord zum Opfer. Die Serben, Juden und Roma wurden ins berüchtigte KZ Jasenovac eingewiesen. Die genauen Opferzahlen sind umstritten (s. http://de.wikipedia.org/wiki/KZ_Jasenovac).

Gleichberechtigung der Völker aus. Als Ende November 1943 in Jajce (Bosnien) von der AVNOJ beschlossen wurde, das neue Jugoslawien auf dem „demokratischen föderativen Prinzip“ zu begründen, wurde es als „staatliche Gemeinschaft gleichberechtigter Völker“ beschworen. Diese Gleichberechtigung sollte sowohl den Serben, Kroaten, Slowenen, Makedoniern und Montenegrinern, also auch den Völkern Serbiens, Kroatiens, Sloweniens, Makedoniens, Montenegros und Bosnien-Herzegowinas, die als Hauptentitäten Jugoslawiens fungierten, zuteil werden. Den ethnischen Minderheiten wurden „alle nationalen Rechte“ garantiert. Für die Sprachpolitik bedeutete dies, dass Tito mit dem Unitarismus Vorkriegsjugoslawiens brach und auch Pavelićs Praxis als Irrweg verurteilte. Während die slowenischen Sprachpolitiker die Konsequenzen aus den Erfahrungen des Königreichs zogen und auf Abgrenzung gegenüber dem Serbokroatismus pochten, begann in Kroatien und Serbien die Sprachdiskussion von vorne. Auf allerhöchster Ebene wurden Kroatisch und Serbisch zwar als zwei Sprachen betrachtet, wobei andere (wie die ZAVNOH-Partisanen) meinten, Serbokroatisch sei eine Sprache. Als Namen für die Sprache wurde „narodni jezik“ (Volksprache) angeordnet. Die Diskussion über das Ekavische und Ijekavische, nun zu blossen Regionalismen heruntergestuft, verlagerte sich zur Debatte über das lateinische und kyrillische Alphabet, dessen gleichberechtigte Verwendung vorgesehen war. Das Ganze blieb also eine Gratwanderung. Am Konsequenteften schienen die neuen Grundsätze von der Gleichberechtigung ausgerechnet in Bosnien-Herzegowina Fuss zu fassen, wo die serbische und kroatische Sprache sowie die Lateinschrift und die Kyrillica als koexistente Formen zugelassen wurden.

Wie sich im sozialistischen Jugoslawien die sprachpolitischen Diskussionen in den ersten zwanzig Jahren nach dem Krieg, also bis 1965, weiter entwickelten, zeigt Cvetković-Sander auf den nächsten 80 Seiten von Kapitel 3 auf.

Die Beschlüsse von Novi Sad (1954)

In der am 31. Januar 1946 verabschiedeten neuen Verfassung definierte sich die am 29. November 1945 proklamierte „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ als „eine Gemeinschaft gleichberechtigter Völker“, beruhend auf dem „Prinzip der Selbstbestimmung“ und mit dem Ziel, „alle Voraussetzungen für die Überwindung der nationalen Frage zu schaffen.“ Bei den Kommunisten beschäftigte die nationale Frage allen voran den Slowenen Kardelj und den Serben Stambolić weiterhin kontrovers und unversöhnlich. Gemäss Kardelj setzte die freie Entwicklung der Nationalsprachen und -kulturen die Existenz des Jugoslawentums voraus. Anfang der 60er Jahre ging auch Tito gelegentlich in einigen Reden persönlich auf die nationale Frage ein. Aber eigentlich schenkten die Parteiführer der Sprachenfrage kaum Aufmerksamkeit und überliessen sie den Linguisten, Philologen und Literaten. Allgemeingültige Richtlinien für die Sprachwissenschaft wurden von Seiten der Partei nicht formuliert. In Kroatien, wo die Partei zur Sprachfrage ebenfalls schwieg, befassten sich die Sprachforscher vorwiegend mit dialektologischen und etymologischen Studien, während aber die im Pavelić-Staat breit erörterten Themen konsequent gemieden, ja sogar tabuisiert wurden.¹⁰ Als Sprachregelung verständigte man sich in Kroatien auf „hrvatski jezik“ bzw. „hrvatski ili srpski jezik“ und „hrvatskosrpski jezik“. In Belgrad, wo der Einheitsgedanke dominierte, sah die massgebliche serbische philologische Autorität Zwischenkriegsjugoslawiens, Aleksandar Belić (1876-1960), bei dem früher noch von „unserer Schriftsprache“ u.ä. die Rede gewesen war, nun die Rolle eines ‚Partisanen‘ des Serbokroatischen einnehmend, die Richtigkeit und Wahrhaftigkeit des historischen Werks Vuk Karadžićs bestätigt und liess 1950 eine „Rechtschreibung der serbokroatischen Schriftsprache“ herausgeben. Noch 1945 war dort eine „Grammatik der serbischen Sprache“ erschienen. Aber es zeichnete sich ab, dass in Serbien sich unweigerlich die Bezeichnung Serbokroatisch (srpskohrvatski) durchsetzte. In einer Zeitschrift der Matica srpska wurde im September 1953 vorgeschlagen, die Kroaten sollten doch auf die ijekavische Aussprache verzichten und die ekavische übernehmen, während die Serben im Gegenzug bereit wären, die kyrillische Schrift zugunsten der lateinischen aufzugeben. Miloš Moskovljević, Slawist und Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, brachte die linguistische Situation in Jugoslawien wie folgt auf den Punkt: „Wir liefern ein einmaliges Beispiel in der ganzen Welt. Mal sind wir ein Volk mit

¹⁰ Die verbotene und tabuisierte kroatische Rechtschreibung wurde unter dem Begriff „Londonac“ bekannt (s. <http://hr.wikipedia.org/wiki/Londonac>).

einem fremden Namen (Illyrer), mal integrale Jugoslawen, dann wieder drei verschiedene Völker: Serben, Kroaten, Makedonier, mit drei (einige behaupten vier) Schriftsprachen, mit zwei Alphabeten und fünf Rechtschreibungen und zwei Terminologien. Dazu kommt noch, dass diese gemeinsame Sprache keinen eingebürgerten gemeinsamen Namen hat, sondern auf zehn verschiedene Weisen bezeichnet wird: Serbisch, Kroatisch, Serbisch oder Kroatisch, Kroatisch oder Serbisch, Serbisch (Kroatisch), Kroatisch (Serbisch), Serbo-Kroatisch, Kroato-Serbisch, Serbokroatisch, Kroatoserbisch.“ Und er forderte, „dieser Unordnung einmal ein Ende zu setzen.“ Während einige Serben unverblümt das Ekavische für die gesamte serbokroatische Sprachgemeinschaft postulierten, wünschte hingegen etwa Josip Hamm, Linguist in Zagreb, die Beibehaltung beider Aussprachen. Diese ganze Vordiskussion im ‚Letopis‘ der Matica srpska gipfelte in der Konferenz und den Beschlüssen von Novi Sad, die im Dezember 1954 Aufsehen erregten. Nicht Politiker, sondern 25 Schriftsteller und Sprachwissenschaftler (vorwiegend Universitätsprofessoren) aus Belgrad, Novi Sad, Zagreb und Sarajevo¹¹ raufte sich in der Hauptstadt der Vojvodina zusammen, um einen allfälligen Konsens zum Thema der gemeinsamen Sprache zu finden. Die Erwartung an die Konferenz war auch entsprechend gross, aber die Differenzen zwischen Kroaten und Serben waren in der Diskussion, die von Anfang an von Misstrauen geprägt und von nationalistischen Untertönen begleitet war, nicht geringer geworden. Dennoch wurde eine Art Resolution zustande gebracht, die die Kontroversen ausklammerte und zum Kompromiss tendierte. So wurde Serbokroatisch bzw. Kroatoserbisch (beide Bezeichnungen wurden abwechselnd benutzt) als gemeinsame „Volkssprache der Serben, Kroaten und Montenegriner“ definiert, bei der die Verwendung sowohl beider Schriften, der lateinischen und kyrillischen, als auch beider Aussprachen, der ekavischen und ijekavischen, gleichberechtigt sei. Eine gemeinsame Sprache müsse aber auch über eine gemeinsame Rechtschreibung verfügen, waren die Unterzeichner überzeugt. Die Erarbeitung dieser Rechtschreibung sei heute das dringendste kulturelle und gesellschaftliche Erfordernis, war man sich einig, und dem Aufstellen künstlicher Hindernisse für die natürliche und normale Entwicklung dieser Schriftsprache müsse man sich entschieden widersetzen. Die unverbindlichen Beschlüsse waren in ekavischer Aussprache und lateinischer Schrift verfasst und wurden von der Matica srpska, der Initiatorin der Konferenz, ausser den drei Universitäten in Belgrad, Zagreb und Sarajevo, den zwei Akademien in Zagreb und Belgrad auch den Exekutivräten der Volksrepublik Serbien, der Volksrepublik Kroatien, der Volksrepublik Bosnien-Herzegowina und der Volksrepublik Montenegro sowie der Matica hrvatska zugestellt und in Tageszeitungen und Zeitschriften veröffentlicht.

Die Variantentheorie des Dalibor Brozović

1960 wurde eine von der Matica srpska und der Matica hrvatska gemeinsam erarbeitete Rechtschreibung publiziert, die in einer serbokroatischen, kyrillisch-ekavischen Version (Novi Sad) und in einer kroatoserbischen, lateinisch-ijekavischen Version erschien (beide Ausgaben waren nahezu identisch). In die kroatische Republikverfassung von 1963 ging „Kroatoserbisch“ als Amtssprache ein, während die Verfassungen Bosniens-Herzegowinas, Montenegros und Serbiens an derselben Stelle „Serbokroatisch“ vorzogen.

Aber auch nach der sowohl historisch wie im Grunde auch erfolgreich zu bezeichnenden Konferenz von Novi Sad war die Diskussion noch lange nicht vorbei. 1963, als in der Verfassung in Artikel 42 die Gleichstellung der Sprachen der Nationen Jugoslawiens und deren Schriften festgeschrieben werden sollte, brach unter einzelnen involvierten Kollegen ein neuer Streit über den „wahren“ Sinn dieser Beschlüsse aus, dahingehend, dass etwa der Kroat Ljudevit Jonke meinte, dass „die Tatsache, dass die Volkssprache der Serben und Kroaten eine ist und dass sie einheitlich ist, noch nicht die Schlussfolgerung ergeben“ müsse, „dass die serbische und kroatische Rechtschreibung und Schriftsprache gleich und identisch sein müssen“. Ferner ging es um die Frage, ob es akzeptabel sei, wenn etwa ein Montenegriner (wie Mihailo Stevanović) als Ijekaver sich an seiner Belgrader Wahlheimat anpasst und in der Öffentlichkeit Ekavisch spricht. Dies sei immerhin ein Problem der Glaubwürdigkeit. Im weiteren argumentierte Jonke, der zur Kommission gehörte, die die Beschlüsse der Novi Sader Tagung formulierte, dass „jedes jugoslawische Volk das unwiderlegbare Recht der Entwicklung seiner nationalen Kultur im sozialistischen Sinne und im Geist der Idee der

¹¹ Die Namen der Teilnehmer werden auf S. 111 genannt.

Brüderlichkeit und Einheit der jugoslawischen Völker“ habe. Dies bedeute „allerdings auch, dass jedes jugoslawische Volk ein Recht auf seine Nationalsprache und Rechtschreibung“ habe.

Die bereits schon jetzt etwas verfahrenere Debatte wurde durch den Beitrag Dalibor Brozovićs (1927-2009),¹² einem anderen aufstrebenden kroatischen Sprachwissenschaftler, mit neuen spektakulären Differenzierungen kompliziert, indem er als neuen Aspekt die Einführung von Varianten und dem Diasystem in die Diskussion forderte. So wurde die Lage des Serbokroatischen qua Kroatoserbischen von ihm durchaus mit der nationalen und sprachlichen Situation des Polnisch-Kaschubischen, Nieder- und Obersorbischen oder Rumänisch-Moldauischen in Analogie gebracht. Brozovićs Begriff der Varianten wurde so in der Folgezeit zur Grundlage für die Forderung einiger kroatischer Linguisten, die kroatische Varietät erneut gesondert von der serbischen zu betrachten und zu normieren. Gleichzeitig liess Brozović in einem Text von 1957 absolut ausser Zweifel, dass dem „kroatoserbischen Sprachgebiet“ „dasselbe phonologische + dieselbe Morphologie + dieselbe Syntax + derselbe Basiswortschatz“ zugrunde liegt. „Verschieden ausfallen“ könnten hingegen „in linguistisch gesehen ein und derselben Sprache“ nichtlinguistische „Kategorien“ wie „die Rechtschreibung, die Orthoepie, die Terminologie und der Wortschatz“. Diese Kategorien zählte Brozović übrigens zum „Überbau“. Der Variantenstreit wurde am 5. Kongress jugoslawischer Slawisten, der im September 1965 in Sarajevo stattfand, zerredet und durch diverse Kontroversen vollends ad absurdum geführt.

Paradigmenwechsel nach 1965 und die Folgen für die Sprachfrage

Wie die Autorin in Kapitel 4 im Detail weiter ausführt, änderte sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Haltung der jugoslawischen Kommunisten gegenüber der nationalen Frage in geradezu ominöser und fataler Weise. Den Ausgangspunkt für den Paradigmenwechsel in der Nationalitätenpolitik bildete der 8. Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (1964), auf dem eine Bilanz der bisherigen Nationalitätenpolitik gezogen wurde. Im April 1966 stellten die Mitglieder einer Kommission beim ZK der BKJ fest, dass die bisher gemachten Äusserungen der Partei zur nationalen Frage „grosse Widersprüche“ enthalten hätten. Man habe das Thema stark vernachlässigt und sei davon ausgegangen, dass es gelöst sei. Allerdings schien man sich ausserstande, die Gründe der Ursachen für die Fehler in der bisherigen Politik eindeutig zu orten. Koča Jončić etwa, ein serbischer Politiker, meinte, die jugoslawische Nation sei ein Widerspruch in sich, so dass er die Schaffung einer solchen Nation für schlicht unmöglich hielt. Denn die Forderung nach der Schaffung einer einheitlichen jugoslawischen Nation würde unter anderem das Problem einer einheitlichen Schriftsprache entstehen lassen, lautete seine Logik. Ausserdem leiste man mit der Herausbildung einer jugoslawischen Nation der Benachteiligung von nichtslawischen Nationalitäten Vorschub. Kardelj vervollständigte seine eigenen Überlegungen von früher, indem er die Nation als „grossen Fortschritt der Arbeiterklasse“ aufwertete. Die Kommunisten wurden aufgerufen, die Nationen und Nationalitäten zu unterstützen und sie bei der Entwicklung ihrer Schriftsprache und ihrer Kultur nicht zu behindern. Diese ungewohnt neuen Töne, die vor ein paar Jahren noch völlig undenkbar gewesen wären, stellten die bisherigen Überzeugungen buchstäblich auf den Kopf und blieben nicht ohne Reaktionen. Vor allem in Serbien, wo der Einheitsgedanke sich dogmatisch scheinbar fest etabliert hatte, war die Verwunderung gross. Vor allem in Kreisen vieler Kommunisten niederen Rangs, die von den neuen Anschauungen überrascht wurden, hielt man dies für aufgedrängt und befremdlich. Während der Schriftsteller Dobrica Ćosić sie als „bürokratischen Nationalismus“ und als „partikularistische Orientierung“ „kleinbürgerlicher Kräfte“ abtat, wurde diese seine Meinung wiederum von Kollegen des Bundes der Kommunisten Serbiens zurückgewiesen. Veljko Rus, ein slowenischer Soziologe, goss zusätzlich Öl ins Feuer, indem er die Existenz eines gemeinsamen „jugoslawischen Marktes“ verneinte und eine „politische Desintegration“ des Bundesstaates vorausahnend herbeiredete. Die Diskussion über den Inhalt des Jugoslawentums war also wieder voll entbrannt. Gewisse Parteitheoretiker erteilten 1966 den Ratschlag, das „Jugoslawentum nicht als eine ethnische Kategorie“ zu strapazieren. Wer zum Beispiel einen kroatischen Vater und eine serbische Mutter hatte, befand sich in einem Dilemma, das nun etwa in der Belgrader Zeitschrift ‚NIN‘ öffentlich diskutiert wurde. Das Jugoslawentum wurde zunehmend als „künstliches politisches

¹² Geboren in Sarajevo, war Brozović ein Kroat aus Bosnien, der 1957 seine Dissertation in Zagreb über eine zentralbosnische Mundart verteidigte.

Gebilde“ wahrgenommen, ja sogar als „Instrument der Diskreditierung der Errungenschaften der Revolution und des Sozialismus“ begriffen. In der Volkszählung des Jahres 1971 gaben nur 1,3% der Bevölkerung an, sie seien Jugoslawen.¹³

Vorschläge Sloweniens bis zur Verfassung von 1974

Diese verblüffende, ja irrationale und für Aussenstehende wohl schwer nachvollziehbare Kursänderung in der Nationalitätenfrage hatte in Jugoslawien unmittelbare Folgen für die Haltung gegenüber der Sprachfrage. Dobrivoje Radoslavljević, der Vorsitzende des ZK des BK Serbiens, versetzte der gemeinsamen jugoslawischen Sprache den Todesstoss, indem er im Februar 1967 in der Belgrader Zeitung ‚Politika‘ schrieb, dass die Idee von der einen Sprache zwar „gut gemeint“, aber dennoch „Wunschdenken“ sei. Ausgerechnet die Slowenen benutzten nun die einmalige Chance, gegen die erdrückende Vormachtsstellung des Serbokroatischen im gemeinsamen Staat vorzugehen. Obwohl bei einer Meinungsumfrage fast 57% der Slowenen die zwischennationalen Beziehungen in Jugoslawien als „gut“ befanden, wurden diese immerhin von fast 13% als „schlecht“ eingeschätzt. Dieser Nein-Anteil wurde für genügend aussagekräftig gehalten und Kardeljs Sieg in der Diskussion über die Nationalitätenpolitik reichte, um die Erhöhung des Status des Slowenischen in der Praxis einzufordern und den Kampf gegen das Übergewicht und den angeblich schädlichen Einfluss des Serbokroatischen in Slowenien, vor allem im Post- und Zollwesen, bei der Bahn und in der Armee rechtfertigen zu können. Um den Status der slowenischen Sprache realistisch zu dokumentieren, wurde vom slowenischen Justizministerium und der slowenischen Regierung ein Bericht erstellt. Darin wurden etliche Defizite zu Ungunsten des Slowenischen festgestellt. So wurde mit Nachdruck gewünscht, die Besserstellung des Slowenischen in Jugoslawien endlich real zu verwirklichen. Ferner wurde Bezug auf die Sprachpraxis in der Schweiz genommen und empfohlen, dass auf Bundesebene auch die Angestellten der anderen Völker Jugoslawiens sich wenigstens Grundkenntnisse des Slowenischen aneignen sollten. Die Studie aus Ljubljana diente als Vorlage für eine im Juni 1968 vom Sozialistischen Bund des werktätigen Volkes Jugoslawiens veranstalteten Tagung, deren Aufgabe es war, über die Gleichberechtigung der Sprachen jugoslawischer Nationen in Bundesorganen nachzudenken. Während die Vertreter anderer Republiken wie etwa Miloš Radević, Richter am Obersten Gericht Jugoslawiens, der montenegrinischer Herkunft war, die slowenischen Forderungen im Prinzip guthieß, gab es vor allem von serbischer Seite, etwa von Svetozar Marković, Professor in Sarajevo, Widerstand, der die slowenischen Ambitionen für übertrieben hielt. Und Pavle Ivić, Nachfolger der 1960 verstorbenen Linguisten-Eminenz Aleksandar Belić, ging sogar so weit, die slowenischen Vorschläge für „ungerecht“ und „unrealistisch“ zu verneinen und ad absurdum zu führen. Da die Tagungsteilnehmer sich nicht einigen konnten, sollte sich der Nationalitätenrat des Bundesparlaments mit dem Thema befassen; dieser war 1945 gegründet worden und wurde nun durch Verfassungsänderungen reaktiviert. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Koča Jončić erstellte eine „Resolution zur Verwirklichung der Verfassungsprinzipien über die Gleichberechtigung der Sprache und Schriften der Nationen und Nationalitäten Jugoslawiens in Bundesvorschriften und in der Arbeit der Bundesorgane“, die im April 1969 vom Bundesparlament angenommen wurde und als offizielle Plattform für die Sprachpolitik Jugoslawiens anerkannt wurde. Im Kern wurde nichts Neues gesagt. Die Resolution bestätigte lediglich einige Defizite bei der „Realisierung der Gleichberechtigung der Sprachen“ und beklagte die „Dominanz der serbokroatischen bzw. kroatoserbischen Sprache in der Arbeit von Bundesorganen“, sodass sich die Kommunikation der Bundesorgane mit den Behörden und Bürgern in den Republiken „überwiegend in serbokroatischer Sprache und lateinischer Schrift“ vollziehe, was „zur künstlichen Erzeugung einer Staatsprache und -schrift“ geführt habe. Die Resolution folgte im Prinzip den slowenischen Vorschlägen, verzichtete aber auf konkrete Massnahmen, um die Situation praktisch zu verbessern und wies lediglich auf die entsprechenden Verfassungsbestimmungen hin. Ausgerechnet im „internationalen Verkehr“ sollte der Grundsatz der Gleichberechtigung der Sprachen der Nationen Jugoslawiens“ angewendet werden, beispielsweise bei internationalen Verträgen, also in der Diplomatie. Für die Armee forderte Jaka Avšič, ein ehemaliger hoher und verdienter Angehöriger des Militärs, eine grundlegende Umgestaltung im Sinne der Auflösung der national-gemischten Einheiten und der Zusammenlegung

¹³ Weitere Angaben s. auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawen>.

der Soldaten gleicher Nationalität in Einheiten mit muttersprachlicher Kommandosprache. Das jugoslawische Verteidigungsministerium zog diesen Vorschlag aber nicht ernsthaft in Betracht und beharrte auf dem Serbokroatischen als alleiniger Kommandosprache in der JVA,¹⁴ zeigte sich gleichzeitig aber offen, für die Schulung der Soldaten auch andere Sprachen zuzulassen. Deutlich aufgewertet wurden die Minderheitensprachen (auch in der Armee) mit der Verfassung von 1974, die auf der grundsätzlichen Gleichstellung jugoslawischer Sprachen unabhängig von dem Status bestand. Dies betraf auch die Idiome der „Nationalitäten“ (narodnosti) Albanisch, Ungarisch, Italienisch usw.¹⁵ Den nationalen Minderheiten wurde nun auch das Recht zuerkannt, sich mit dem Staat in ihrer Muttersprache verständigen zu dürfen.

Die kroatische „Sprachdeklaration“ von 1967 und die Niederschlagung des „Kroatischen Frühlings“ durch die Kommunisten (1971)

Im nächsten Akt des scheinbar absurden jugoslawischen Sprachentheaters traten die Kroaten mit dezidierten und provokativen Positionen auf die Bühne, mit verheerenden Folgen.

Die Variantentheorie Dalibor Brozovičs, der die serbische und kroatische Variante mit der englischen und amerikanischen Variante derselben Schriftsprache in Analogie brachte,¹⁶ hatte bei der philologischen Prominenz aus Serbien und Montenegro Unbehagen hervorgerufen. Und auf der Seite der kroatischen Kulturelite blieb die Unzufriedenheit mit dem Status der kroatischen Varietät und der Behandlung des kroatischen Namens durch serbische Philologen bestehen. Die Kroaten waren nun bestrebt, dieses Problem auf ihre Weise selbsttätig zu lösen. Im März 1967 preschten sie mit einer „Deklaration zur Bezeichnung und Lage der kroatischen Schriftsprache“¹⁷ hervor, die von 18 bedeutenden wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen Kroatiens unterzeichnet war¹⁸ und im Zagreber ‚Telegram‘ veröffentlicht wurde. Die Publikation schlug dermassen hohe Wellen, sodass Cvetković die „Deklaration“ von ihrer symbolischen Funktion her gesehen für das berühmteste oder berüchtigtste sprachpolitische Dokument des sozialistischen Jugoslawien hält. Das Explosive an der Deklaration bestand nicht nur darin, dass „das Recht eines jeden Volkes, seine Sprache mit eigenem Namen zu benennen“ von kroatischer Seite bestätigt wurde, sondern dass unverblümt gefordert wurde, dass in der jugoslawischen Verfassung die slowenische, kroatische, serbische und makedonische Schriftsprache getrennt aufgeführt werden sollen. Es dauerte zwei Tage und Serbien reagierte prompt, und mit einer Überraschung: 48 serbische Schriftsteller präsentierten ihrerseits einen „Vorschlag zum Nachdenken“; sie bekräftigten im Prinzip die kroatischen Ideen und verliehen der Gewissheit Ausdruck, dass „die kroatische und serbische Sprache sich in voller Selbständigkeit und Gleichberechtigung entwickeln werden.“ Weniger Begeisterung löste die kroatische „Deklaration“ aber wiederum in Parteikreisen aus, die von dieser Veröffentlichung überrumpelt wurden. Es wurden Proteste dagegen laut und Widerstand regte sich in der Presse. Noch im gleichen Monat entschied sich das ZK des BK Kroatiens, dass die Deklaration für inakzeptabel zu halten sei. Das Dokument wurde als „grober Missbrauch der demokratischen Selbstverwaltungsrechte“ und als Verstoss gegen das Prinzip von bratstvo i jedinstvo verurteilt. Im kroatischen Parlament war sogar von einer „politischen Diversion“ gegen den Sozialismus die Rede. Tito sah sich veranlasst, sich persönlich einzumischen, um sich über das „Philosophieren“ „einiger Intellektueller“ über „Grammatik“, „Dialekte“ und „Unterschiede zwischen den Nationen“ zu beschweren, dies als „Übel“ zu disqualifizieren und die „Deklaration“ als heimtückischen Angriff auf die jugoslawische Einheit zu bezeichnen. Die jüngste

¹⁴ Die meisten Offiziere in der JVA bildeten die Serben.

¹⁵ In der Verfassung dieses Jahres wurden Albanisch und Ungarisch als jugoslawische Amtssprachen anerkannt.

¹⁶ Die linguale Situation des Serbokroatischen bzw. Kroatoserbischen ist möglicherweise eher mit der Situation des Niederländischen/Flämischen oder des Deutschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu vergleichen, zumal man in diesen Fällen nicht nur ähnliche und unterschiedliche dialektale und phonetische Merkmale, sondern auch verschiedene Konfession (v.a. katholisch/protestantisch) und eine anders verlaufene politische Geschichte geltend machen kann. Wobei berechtigte Zweifel angebracht sind: Die Unterschiede des Schriftbilds und der Aussprache etwa beim Berlinerischen, Sächsischen, Alemannischen und Bayrisch-Österreichischen scheinen mir aber auch wieder ziemlich gross zu sein, obwohl es sich im Prinzip um die gleiche Grundsprache (Deutsch) handelt.

¹⁷ Originaltext s. http://hr.wikisource.org/wiki/Deklaracija_o_nazivu_i_položaju_hrvatskog_književnog_jezika.

¹⁸ Die Namen dieser Institutionen listet die Autorin auf S. 207 auf.

Aktion der Kroaten verglich er sogar mit der Politik der Ustaša. Die kroatischen Serben nahm er in Schutz. Titos Meinung zu diesem Sprachstreit sollte nicht folgenlos bleiben. Sowohl die kroatische „Deklaration“ wie auch der serbische „Vorschlag“ wurden als „nationalistisch-chauvinistische Attacken“ gebrandmarkt, die Initiatoren mit Parteistrafen belegt. Allerdings schien Vladimir Bakarić (1912-83), der Parteichef Kroatiens, begriffen zu haben, dass die „Deklaration“, die übrigens überhaupt nicht als Ausdruck der Opposition gegenüber der Staatspartei gedacht gewesen sein soll, in der kroatischen Bevölkerung Sympathie genoss und dass sie nicht zuletzt eine gewisse Ausstrahlung auf die Reformbewegung gehabt haben muss, die in Kroatien zu dieser Zeit im Gang war. Die Konsultationen zwischen reformerischen Politikern, Kultureliten und Fachleuten wurden fortgesetzt. Sowohl auf kroatischer wie auf serbischer Seite wurde der scheinbar kleingeistige Sprachkrieg auf der Ebene der Wörter- und Lehrbücher und der Orthographie fortgesetzt. Als die Matica hrvatska im April 1971 die Vereinbarung von Novi Sad des Jahres 1954 für „gegenstandslos und ungültig“ erklärte, war eine neue Eskalationsstufe des Konflikts erreicht worden, zumal es unter den Serben, die sich nach wie vor auf die Beschlüsse über die Einheit der Sprache von Novi Sad beriefen, niemand gab, der sich eine eigenständige kroatische Sprache vorzustellen vermochte. Gleichzeitig wurde die Auseinandersetzung um die Sprache der Serben und Kroaten mit einer Kontroverse um die Geschichte der kroatischen Schriftsprache begleitet. Bei dieser zusätzlich belastenden Debatte bemühten sich die Kroaten, die Anfänge einer eigenständigen kroatischen Schriftsprache zeitlich so früh wie möglich, also mindestens im 17./18. Jahrhundert, anzusetzen. In seinen 10 Thesen (bzw. Schlüsselfragen) zur kroatischen Schriftsprache von 1971¹⁹ setzte Brozović den Anfang des Schriftkroatischen ins Zeitalter des Kirchenslawischen und der glagolitischen Schriftkultur zurück. Einige kroatische Linguisten gaben zu bedenken, dass sie die Annahme des Štokavischen zu Ungunsten der Kajkavica und der Ekavica als den Kroaten für aufgedrängt betrachteten. Damit verbunden war eine weitere Debatte zur Frage, ob die Serben in Kroatien, die immerhin gut 12% der Bevölkerung stellten und vor allem in der sogenannten Krajina zu Hause waren,²⁰ sich einer eigenen Sprachen bedienten und ob die Stadt Dubrovnik dem štokavischen oder čakavischen, also dem serbischen oder kroatischen Sprachgebiet, zuzuordnen sei. Dies alles konnte für nicht unwesentliche Überlegungen gehalten werden, die im Hinblick auf die Jugoslawienkriege der 90er Jahre tragische Relevanz erlangen sollten.

Nicht ohne Mitwirkung Titos, der seine Meinung gegenüber Kroatien offenbar geändert hatte, wurde also der kroatische Reformfrühling Anfang Dezember 1971 zerschlagen: Die Reformer der kroatischen Parteispitze wurden entmachtet, die Anführer der Studentenbewegung und etliche Protagonisten des Kroatentums verhaftet (etwa 32'000 Personen wurden damals strafrechtlich verfolgt), kroatische Philologen erlitten vielfältige Repressalien, und die ‚Nationalisten‘ unter den bisherigen Sprachpolitikern wurden zum Schweigen gebracht. Die „ideelle Klarstellung“ in der Kultur- und Sprachpolitik wurde von Tito selbst und dem Slowenen Stane Dolanc gerechtfertigt. Die Sprache der Serben in Kroatien und auch die „kroatische Rechtschreibung“ wurden verboten und tabuisiert.²¹ Dennoch wurden die im März 1972 verkündeten Amendements zur „kroatischen Schriftsprache“ als „Standardform der Volkssprache der Kroaten und Serben in Kroatien, die man Kroatisch oder Serbisch nennt“ in die Verfassung von 1974 (Art. 138) aufgenommen. Artikel 1 postulierte Kroatien sogar als „Nationalstaat des kroatischen Volkes, Staat des serbischen Volkes in Kroatien und Staat der Nationalitäten, die in ihm leben“. Es schien, als hätten im politischen Machtkampf einerseits zwar die Titoisten und Einheitsjugoslawen gesiegt, um das Prinzip von *bratstvo i jedinstvo* zu sichern. Zumindest auf der Verfassungsebene konnten aber auch die Nationalkroaten ihre formalen Vorstellungen durchsetzen, was einer Art jugoslawischem Kompromiss gleichkam. Da sie aber eben nur formal waren, sollten sich die Grundwidersprüche dennoch nicht endgültig auflösen können, wie unten noch gezeigt wird.

¹⁹ Diese sind in Cvetkovićs Darstellung offenbar nicht erwähnt worden. Brozovićs Thesen sind unter <http://www.ihjj.hr/oHrJeziku-10teza.html> abrufbar.

²⁰ 1971 wurden 626'789 Serben in der Sozialistischen Republik Kroatien (über 14% der Gesamtbevölkerung Kroatiens) gezählt, 1991 lebten 12,1% (581'633) Serben in Kroatien (s. <http://www.rastko.rs/istorija/srbibalkan/jilic-croatia.html>), hingegen nur 1,24% (97'344) Kroaten in Serbien (nach der Volkszählung von 1961 waren es noch 196'409 Kroaten gewesen). Nach dem Kroatienkrieg blieben 2001 in der ethnisch gesäuberten Republik Kroatien noch 202'000 Serben (4,5%) übrig.

²¹ Diese Rechtschreibung blieb als „Londoner“ Orthographie („Londonac“) weiter bestehen (s. <http://hr.wikipedia.org/wiki/Londonac>).

Polemik in Bosnien-Herzegowina, die Muslime und der Grundsatz der Toleranz

Auch das ZK des BK von Bosnien und Herzegowina wies die kroatische „Deklaration“ als „Fortsetzung hegemonialer Aspiration“ gegenüber ihrer Republik zurück. Hier gab es einen Streit über die Idee einer muslimischen Variante und darüber, ob die Muslime als eigene Nation überhaupt anerkannt werden sollten (was schliesslich 1971 geschah). Einzelne fanatische Exponenten polarisierten die Debatte durch eine wüste Polemik und gegenseitige Anfeindungen, die zwischen Hardlinern etwa vom Schlage eines Muhamed Filipović, Experte für marxistische Philosophie, und Jovan Vuković, gebürtiger Montenegriner (aber Ekavisch-Sprachiger) stattfand, der als Chefideologe der Serbokroastik in Sarajevo und als kompromissloser Gegner der Variantentheorie in Erscheinung trat. Andersdenkende wurden von ihm als nationale Romantiker und unwissenschaftlich handelnde Separatisten beschimpft und des Verstosses gegen die sozialistische Ordnung bezichtigt, ein geläufiger Vorwurf, um Gegner zu diskreditieren. Als im April 1970 in Sarajevo ein entsprechendes Symposium stattfand, wurde eine bosnisch-herzegowinische Sprachvariante (analog der Variantentheorie Brozovićs) zurückgewiesen. Statt dessen wurde der Gedanke der Toleranz gegenüber Völkern, Sprachen, Sprachformen und Alphabeten ins Rampenlicht gerückt. Die legendäre Idee der bosnischen Toleranz wurde nicht nur zum Dogma erhoben, sondern in und ausserhalb Bosniens auch als Mythos verklärt, wobei dies in den 90er Jahren aber offenbar nicht mehr half, um die blutigen Kriege, die ethnischen Säuberungen und den Völkermord an den Muslimen zu verhindern. In Bosnien befürchtete man, dass die Variantenpolarisierung zwangsläufig zur Desintegration der bosnisch-herzegowinischen Kultur führen könnte. Die Beschlüsse der Tagung legten fest, dass alles, was im serbokroatischen Standard existiert, in Bosnien-Herzegowina unabhängig von der Herkunft der Sprecher Gültigkeit hat. Als offizielle Bezeichnung für die Sprache wurde „Serbokroatisch“ oder „Kroatoserbisch“ vorgeschrieben, die Lateinschrift und die Kyrillica wurden zu gleichberechtigten Schriften erklärt. So entschied man sich für die absolute Freiheit im individuellen Sprachgebrauch sowie für die Offenheit gegenüber Einflüssen von ausserhalb. Als eine Beratung, die im Oktober 1973 in Mostar über 300 Linguisten, Lehrer und Politiker zusammenführte, um über die Umsetzung der Beschlüsse des Toleranz-Symposiums von Sarajevo zu verhandeln, rundeten zahlreiche Redner wie Milan Šipka, der die Toleranz erneut beschwor, oder wie Ivan Lovrenović, der eine „drastische Kluft“ zwischen Theorie und Praxis in der bosnisch-herzegowinischen Sprachpolitik diagnostizierte, die sprachpolitische Diskussion ab. Eine Debatte über die praktische Verwirklichung der Beschlüsse von Sarajevo fand hingegen kaum statt. Hingegen wurde vollmundig eine „systematische und intensive wissenschaftliche Forschungsarbeit“ im Hinblick auf die „komplette Sprachproblematik in Bosnien-Herzegowina“ angekündigt. In der Verfassung von 1974 wurde für den amtlichen Gebrauch in Bosnien-Herzegowina die serbokroatische bzw. kroatoserbische Sprache ijekavischer (!) Aussprache festgesetzt und beide Schriften für gleichberechtigt proklamiert, ungeachtet der Tatsache, dass vor allem in den serbischen Gebieten Bosniens die Ekavica verbreitet war. Die Maxime des Ijekavischen aber hatte sich in Bosnien durchgesetzt.

Spaltung und Dilemma in Montenegro

Im Unterschied zu den bosnischen Muslimen, deren Weg zur Nationsbildung ungemein länger und komplizierter verlief,²² wurden die Montenegriner nach dem Krieg in der Verfassung sofort als Volk (narod) Jugoslawiens anerkannt. Dennoch war man sich in diesem abgelegenen Bergland zwischen Serbien, Bosnien und Albanien, das durchaus über ausgeprägte regionale Geschichts- und Kulturtraditionen verfügte, unsicher, ob man nun definitiv einen integralen Bestandteil des Serbentums bilde oder eine eigene Entität mit besonderer ethnisch-kulturell-sprachlicher Identität darstelle. Brozović hielt die Montenegriner nicht als „eine vollständige ausgebildete Nation“ (1967) und sprach im Fall der ijekavischen Sprache Montenegros von einer „Subvariante“ (1970), wollte aber nicht ausschliessen, dass allenfalls auch eine montenegrinische Variante existiert (1971). 1971 erklärte er selbstkritisch, dass er „den Schwierigkeitsgrad des montenegrinischen Sprachproblems unterschätzt“ habe. Da es in Titograd (Podgorica) zu diesem Zeitpunkt noch keine einschlägigen wissenschaftlichen Institutionen gab, war Montenegro in sprachpflegerischer und sprachpolitischer

²² Dazu s. die Dissertation von Annette Monika Fath-Lihic unter https://ub-madoc.bib.uni-mannheim.de/1429/1/Doktorarbeit_Annette_Fath_Lihic.pdf.

Hinsicht sozusagen eine Wüste. Dies bedeutete nicht, dass ein kontroverser Disput zwischen einigen beflissenen Intellektuellen nicht stattfand. Ein solcher artete im Gegenteil Anfang der 70er sogar im Sinne einer Spaltung der Elite in zwei Lager aus. Während der Verband der Serbokroatischlehrer die Grundsätze von Novi Sad als Grundlage der Sprachpolitik für gültig erklärte, vermochte der montenegrinische Schriftstellerverband – es gab nur diese beiden zuständigen Organisationen – die Vereinbarung von Novi Sad nicht zu anerkennen, denn die Schriftsteller Montenegros weigerten sich schlicht, die Schriftsprache aus Belgrad oder Zagreb importiert zu erhalten. So wehrten sie sich gegen sämtliche Versuche von innen und von aussen, die montenegrinische Literatur und Nation zu leugnen und verwiesen auf die Bedeutung einheimischer Literaten wie Petar Petrović Njegoš, Stjepan Mitrov Ljubiša, Marko Miljanov Popović u.a., die in „ihrer eigenen Sprache gesprochen“, ja „unsere Sprachvariante“ benutzt hatten. Während der Lehrerverband mit einer Stimme sprach, waren sich die Schriftsteller intern aber uneinig geblieben. Die montenegrinischen Parteiführer hingegen entschieden sich für die „sprachliche Gemeinschaft mit anderen Nationen und Republiken serbokroatischer Sprache“. Sie fixierten diese Absicht in entsprechend einschlägiger Weise auch in der Verfassung der Sozialistischen Republik Montenegro, indem sie die Sprachen und Schriften der Nationen und Nationalitäten Jugoslawiens wiederum als gleichberechtigt proklamierten und für Crna Gora im amtlichen Gebrauch die serbokroatische Sprache ijekavischer Aussprache verankerten. Wie schwer es war, das Dilemma der Montenegriner aufzulösen, zeigte die emotional geführte Diskussion über den Eintrag zur Sprache Montenegros in der ‚Enciklopedija Jugoslavije‘ von 1984, wo es schliesslich hiess: „Die Sprache des montenegrinischen Volkes ist Serbokroatisch, seine Mundarten gehören zum štokavischen Dialekt ijekavischer Aussprache, so dass auch der montenegrinische Standardausdruck auf dem ijekavischen Štokavisch basiert. Serbokroatisch ist weiterhin die Sprache der Kroaten, Muslime und Serben.“ Die Ergänzung dazu lautete: „Auf der anderen Seite verwenden viele unter den Montenegrinern, die ausserhalb Montenegros leben, (auch) das schriftsprachliche Ekavisch. Im Alltag nannten die Montenegriner traditionell, auch zur Zeit eines eigenständigen montenegrinischen Staates (bis 1918), ihre Sprache Serbisch.“

Kampf gegen den kroatischen Sprachseparatismus

Nach 1974 gab es noch einige andere groteske Episoden, die die verworrene Sprachdiskussion zum Serbokroatischen weiter belebten. Cvetković berichtet von zwei weiteren Vorfällen aus Kroatien, die die Gemüter stark belasteten. Nachdem sich also abgezeichnet hatte, dass Brozović & Co. auf der Variantentheorie bestanden, ging man in Kroatien daran, die Rekonstruktion einer eigenständigen Standardisierung samt deren Geschichte fortzusetzen. Brozović nannte die serbokroatische Sprache bei Kroaten, bosnisch-herzegowinischen Muslimen, Montenegrinern und Serben jetzt „Standardneuštokavisch“ und das „gemeinsame allgemeine Modell der serbokroatischen Sprache“ hielt er für eine „Abstraktion“.²³ Als 1979 ein kroatischer Lektor im Amtsblatt der SFRJ einzelne Wörter durch Kroatismen ersetzte, gab es ernsthaften Zoff, der zur Suspendierung des fehlbaren Lektors von seinem Dienst führte. Zudem weigerte sich Stipe Šušvar, führender Parteiideologe Kroatiens und Jugoslawiens nach 1971, eine Schulbuchausgabe unter dem Titel „Grammatik der kroatischen Schriftsprache“ zuzulassen. Es müsse „kroatische oder serbische Sprache“ heissen, wurden die Autoren belehrt. Die Verfasser der besagten Grammatik wiesen diese Kritik aber mit der Begründung prompt zurück, man habe sie beauftragt, eine Grammatik der in Kroatien verwendeten Standardsprache zu erarbeiten, welche von der kroatischen Verfassung als „kroatische Schriftsprache“ postuliert worden sei. Šušvar schoss mit scharfer Rhetorik zurück und bezeichnete die kroatischen Linguisten als politisch gefährlich, warnte vor dem kroatischen Sprachnationalismus als „Opium“ für bestimmte Bevölkerungsteile und sprach von der „Manie der Sprachreinheit“ und von „Gewalt an der Sprache“. Einen Aufsatz Brozovićs über die kroatische Sprache wurde als „strategische Gebrauchsanweisung“ für kroatische Nationalisten verurteilt, und Brozovićs Ziele wurden als Versuch gewertet, Kroatien für die Zeit nach Tito entsprechend vorzubereiten. An einer Sitzung des Präsidiums des ZK des BK Kroatiens ging Šušvar sogar dazu über zu fordern, die „Machenschaften“ zum Zwecke der „Oktroyierung des (kroatischen) Sprachpurismus sollten „ausgerottet“ (sic) werden. Und Božidar

²³ Das Serbokroatische bezeichnete er auch als „plurizentrische“ Sprache. S. Brozović, D.: Serbo-Croatian as a pluricentric language. In: *Pluricentric Languages: Differing Norms in Different Nations*. Hg. Michael Clyne. Berlin, New York 1992. S. 347-380.

Pasarić, Leiter der Schulaufsichtbehörde von Rijeka, kündigte an, die Sprachdefinition aus der kroatischen Verfassung auf ihre Vereinbarkeit mit der übrigen kroatischen bzw. jugoslawischen Verfassung beim Verfassungsgericht überprüfen lassen zu wollen. Im Frühjahr 1986 folgte auf Initiative des ZK des BK Kroatiens eine Sitzung, bei der Mitglieder der ZKs aller vier serbokroatischen Republiken zusammenkamen, um über aktuelle sprachpolitische Probleme zu reden. In einer „Zagreber Vereinbarung“ gestanden die Teilnehmer gravierende Fehler ein, die auf den Mangel einer einheitlichen Grundlage der Sprachpolitik im serbokroatischen Sprachraum zurückzuführen seien. Anstelle des „Sprachseparatismus“ wurde die „sprachliche Gemeinschaftlichkeit“ hervorgehoben. Die Standardisierung des Serbokroatischen solle endlich in Angriff genommen werden. Aber die Beschlüsse blieben ohne Abstimmung in der Luft hängen, sodass eine neue Chance zur Klärung der Sache erneut vertan wurde.

Alle gegen alle

In Serbien gestaltete sich das politische Engagement für die Sprache Ende der 1970er Jahre vorerst offenbar noch etwas harmonischer. Aber auch hier gossen die tonangebenden Linguisten, allen voran Slavko Vukomanović, Öl ins Feuer, indem sie sich von der in Serbien bisher weitgehend verbindlichen Vereinbarung von Novi Sad von 1954 als eine „Illusion, eine romantische Vision, fern vom Leben und von der sprachlichen Wirklichkeit“ lösten. Zwar forderte man gleichzeitig auch „sprachliche Toleranz“ und „Ablehnung jeglicher Zwänge und Verbote an der Sprache“ sowie Respekt gegenüber sprachlichen Spezifika und die Anerkennung der Zuständigkeit der einzelnen Republiken in dieser Sache. Nach wie vor stand für die serbischen Sprachwissenschaftler das Grundkonzept des Serbokroatismus im Vordergrund, nach wie vor weigerte man sich, den serbokroatischen Standard als „Abstraktion“ zu begreifen und sprach sich gegen „Republiksschriftsprachen“ mit mehreren Standardvarietäten aus. Die Serben verlangten die sprachlich-nationale Einheit über die Republikgrenzen hinweg, aber ein exklusives Serbisch forderten sie nicht. Hingegen wollte man eine Kommission für die Koordination der Förderung der Sprachpflege errichten, was die Vertreter der Vojvodina wiederum ablehnten. Und an der Philologischen Fakultät sah man in dem Vorschlag den Versuch einer staatlichen Bevormundung. In Bosnien lehnte Šipka eine spezifische bosnische Norm des Serbokroatischen ab, da er bosnischen Separatismus und letzten Endes den Zerfall der jugoslawischen Föderation befürchtete. Mit der Tendenz zur Verklärung wurde die bosnische Sprachpolitik von Hrvoje Ištuk als „demokratische“ Sprachpolitik gerühmt, da die Manipulationen durch die Sprache abgewehrt und die Brüderlichkeit der Muslime, Kroaten und Serben habe gefestigt werden können. Im April 1984 fand in Sarajevo eine Tagung statt, an der das Thema „Sprache und zwischennationale Beziehungen“ auf dem Programm stand. Dies gab die Möglichkeit, eine Bilanz über die bisherigen sprachpolitischen Diskussionen zu führen. Aber wie nicht anders zu erwarten, gingen auch hier die Meinungen der einzelnen Linguisten wieder weit auseinander. Jemand schlug schliesslich die Einführung des Terminus „jugoslavski“ für die serbokroatische Sprache vor. Ansonsten wurden massive Einwände gegen die Sprachdefinition bei der kroatischen Sprache erhoben, und die Sprachsituation in Kroatien wurde von Branislav Brborić vom ZK des BK Serbiens mit folgender etwas umständlichen aber scharfsinnigen Erklärung ad absurdum geführt: „Wenn der Name der Standardsprache in der Sozialistischen Republik Kroatien kroatische Schriftsprache und der Name der Volkssprache Kroatisch oder Serbisch ist (wie es in der Verfassungsbestimmung steht), dann lehrt man in den Schulen der Sozialistischen Republik Kroatien – da das Schulfach gemäss gültigen Vorschriften kroatische oder serbische Sprache heisst – nicht die Standardsprache (Schriftsprache), sondern die Diasystem-Sprache (Volkssprache). Wenn in den Schulen dennoch die Standardsprache und nicht die Volkssprache gelehrt wird (was ganz sicher ist), dann wird die Sozialistische Republik Kroatien nicht nur die einzige jugoslawische Republik, sondern auch der einzige Staat in der Welt sein, wo die Standardsprache im Rahmen des Schulfachs anders heisst als im übrigen öffentlichen Leben.“

Serben fühlen sich benachteiligt – Beginn der Hetzjagd gegen die Albaner

Der nächste Akt der jugoslawischen Tragödie (Kap. 5) wurde vor allem von den Serben eingeleitet, die sich durch die Bestimmungen der Verfassung von 1974 wegen der Teilung Serbiens in

autonome Provinzen (Kosovo und Vojvodina) schlicht benachteiligt fühlten. Eine unheilvolle Rolle spielte dabei der Schriftsteller Dobrica Ćosić, der in einer Rede anlässlich der Verleihung der Mitgliedschaft durch die Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste behauptete, die Serben seien den Befreiungskämpfen vergangener Jahrhunderte zum Opfer gefallen und durch andere Völker erniedrigt worden. Die Anspielung zielte vor allem auf die Lage der Serben im verfassungsrechtlich neu positionierten Kosovo, wo Serbien nach der Meinung serbischer Kommunisten seine staatliche Souveränität durch die Existenz zweier autonomer Republiken eingebüsst hatte. Ein kroatischer Politologieprofessor serbischer Herkunft erklärte die Verfassung von 1974 sogar für inkompatibel mit den Beschlüssen der 2. AVNOJ-Sitzung in Jajce, wo von keinen autonomen Provinzen die Rede gewesen war. Während die Albaner argumentierten, dass sie die Mehrheit der Bevölkerung des Kosovo stellten, konterte die gleiche Serbische Akademie der Wissenschaft und Künste (SANU) mit einem Memorandum von 1986, in dem die Akademiemitglieder die Nachteile, die durch die Verfassung von 1974 erwachsen seien, medienwirksam beklagten. Es war sogar von einem „physischen, politischen, juristischen und kulturellen Genozid“ die Rede, der von den Albanern des Kosovo an den Serben und Montenegrinern vollzogen worden sein soll. Ausserdem wurde die angebliche Diskriminierung der Serben in Kroatien angesprochen.²⁴ Obwohl die serbischen Parteifunktionäre das Memorandum als „eine chauvinistisch Initiative“ verurteilten, wurde sein Inhalt integraler ideologischer Bestandteil des serbischen Kommunistenführers Slobodan Milošević. In Serbien wurde die Abschaffung des Autonomiestatus und die Rückkehr zur alten verfassungsrechtlichen Situation gefordert. Die ganze Hetzjagd wurde durch die serbische Presse an die breite Öffentlichkeit getragen.²⁵

Das Jugoslawentum wird ad acta gelegt

Einige Monate nach dem serbischen Memorandum machten auch die slowenischen Intellektuellen in der Zeitschrift ‚Nova revija‘ auf ihr eigenes slowenisches Nationalprogramm aufmerksam und deuteten an, dass sie vom „nationalen Jugoslawentum“ nichts mehr viel hielten und die staatliche Souveränität der slowenischen Nation in welcher Form auch immer anstrebten. Der kroatische Politiker und Historiker Dušan Bilandžić schloss sich dem slowenischen Votum an und erklärte die jugoslawische Nation für „eine reine Illusion“. Die Jugoslawen sollten keine Hoffnung hegen, irgendwann zu einer Nation zu werden. Diese Aussage stand ein wenig im Widerspruch zur neusten demografischen Entwicklung. Bei der Volkszählung von 1981 erhöhte sich die Zahl der Bürger, die sich für Jugoslawen erklärten, auf immerhin 5,4% im Unterschied zu den noch geringen 1,3% beim Zensus des Jahres 1971. Nun triumphierte der Dissens in Jugoslawien wie nie zuvor. Keiner von den nationalen Eliten war noch daran interessiert, den Gesamtstaat und das jugoslawische System länger zu erhalten. Es hatte ganz einfach ausgedient und war abgewirtschaftet, zumal in

²⁴ Die engl. Übersetzung dieses Memorandums s. <http://de.wikipedia.org/wiki/SANU-Memorandum>. Präsident der SANU war damals zwar Dobrica Ćosić höchstpersönlich, aber er gehörte nicht zu den Autoren des Memorandums.

²⁵ Vielleicht habe ich dies bei der Lektüre übersehen, aber erwähnenswert scheint mir im Zusammenhang mit Miloševićs Position noch seine Rede, die er anlässlich der 600-jährigen Gedächtnisfeier der „Schlacht auf dem Amselfeld“ am 28. Juni 1989 in Gazimestan, Kosovo, gehalten hatte. Oft wurde dieser Auftritt mit einer Brandrede verglichen und für die Initialzündung zu den Balkankriegen der 90er Jahre bewertet. Der Inhalt dieser Rede zeugt zwar von einem gewissen serbischen Patriotismus und versäumte es auch nicht, was gerne übersehen wurde, den Geist der Toleranz, Gleichberechtigung zwischen den Völkern, des Humanismus und der Demokratie zu beschwören. Ausser dass Serbien mehr oder weniger offen und direkt sein Hausrecht auf das Kosovo anmeldete war dieser entweder unter- oder überschätzten Rede des Serbenführers keine explizit ausgedrückte Aggressivität gegenüber den Kosovo-Albanern anzumerken. War dieser legendäre, rhetorisch hochgelungene Auftritt Miloševićs nur ein taktisch kluges Täuschungsmanöver gewesen, das die wahren Absichten des Serbenchefs aus Belgrad für die nahe Zukunft vernebeln sollte, nach dem Motto: Alle reden vom Frieden, aber in Wirklichkeit herrscht schon Krieg? Milošević und Tuđman werden in Cvetkovićs Buch bloss an zwei Stellen genannt. Sie scheinen keine direkte Rolle bei der Sprachdebatte gespielt zu haben. Als extremer kroatischer Nationalist war Tuđman aber möglichst direkt bestrebt, sein Land vom übrigen Balkan drastisch abzugrenzen, auch in sprachlicher Hinsicht. Der kroatische Sprachnationalismus wurde vom HDZ-Chef geradezu offen gefördert und geschürt.

Osteuropa unter Gorbatschow eine neue historische Ära angebrochen war, die den Kommunismus abschaffen und sich unweigerlich auch auf das Schicksal Jugoslawiens auswirken sollte.

Das Finale vor dem eigentlichen Staatszerfall fasst Cvetković wie folgt zusammen: Die Schere zwischen Kroatien und Serbien sei immer weiter aufgegangen, und auch der innerkroatische Dissens habe fortbestanden. Man könnte an dieser Stelle noch manchen Theoretiker erwähnen, den die Autorin als Meinungsmacher in der Debatte herangezogen hat, wie die Aussage des Marxismusexperten Vjekoslav Mikecin, Soziologe in Zagreb, der die Diskussion über die Änderungen von Sprachbestimmungen für „ziemlich problematisch und manipulativ“ hielt und sich derjenigen vielleicht als rational zu bezeichnenden ‚Schule‘ anschloss, die die kroatische und serbische Sprache für „ein und dieselbe Sprache“ betrachtete; bei ihr sah er unweigerlich, dass sie „in zwei eigenständigen Varianten auftritt“, die man „legitimerweise mit den betreffenden Volksnamen bezeichnen“ könne, was „in der alltäglich Praxis auch geschieht“. Vernünftigerweise mahnte Mikecin dazu an, dass „wir also viel vorsichtiger und überlegter sein müssen und möglichst niemanden verletzen dürfen“ und empfahl schlicht dies: „Wenn wir keine geeignete Formulierungen haben – wozu dann die bestehenden ändern und unnötige Anspannungen und Komplikationen erzeugen?“ (1989).

Rolle der Parlamente und Kirchen

Den Anstoss für einen der allerletzten Dispute vor dem Staatszerfall gab neben dem fortgesetzten Lehrbuchkleinkrieg im Dezember 1988 die Verfassungskommission des kroatischen Parlaments, die die Formulierung „kroatische *oder* serbische Sprache“ im amtlichen Gebrauch vorzog. Milivoj Solar, Leiter der Arbeitsgruppe und zugleich kroatischer Kultur- und Bildungsminister, verteidigte die neue Definition im Dezember 1988 im Parlament. Im Januar 1989 meldete sich last but not least auch noch die katholische Kirche Kroatiens zu Wort, und zwar mit der Empfehlung, sich der Meinung der Verfassungskommission anzuschließen. Auffällig dabei war, dass in einem offenen Brief die Serben Kroatiens mit keinem Wort erwähnt wurden. Das klerikale Sprachrohr ‚Glas Koncila‘ verklärte die Haltung der Kirche mit den Sätzen, dass „die kroatische Sprache das Ergebnis des kroatischen schöpferischen Volksgenies“ und „das kroatische Volk eine einmalige und unauslöschliche geschichtlich-zivilisatorische Tatsache“ sei. Die kroatische Sprache sei „einmalig, unantastbar und unvergänglich“, „jeder Kroat“ sei „Träger des Schaffenspotentials der kroatischen Sprache“ usw. Auch Brozović setzte seine Unterschrift unter diese Erklärung. Im April 1989 schloss die Verfassungskommission des kroatischen Parlaments ihre Diskussion ab und veröffentlichte das Ergebnis in Form zweier Amendements, die im amtlichen Gebrauch der Sozialistischen Republik Kroatien „die kroatische oder serbische Sprache“ als „Standardform der Volkssprache der Kroaten und Serben in Kroatien, die man auch kroatische Schriftsprache nennt und die auch die Schriftsprache der Serben und Kroaten ist“ vorsah. Prompt protestierte das Institut für Sprache und die Abteilung für Philologische Wissenschaften der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste gegen die Amendements und forderte die Austauschbarkeit der Begriffe „kroatische Schriftsprache“ und „kroatische oder serbische Sprache“. In Gestalt der Eparchie Dalmatiens wünschte die serbisch-orthodoxe Kirche ihrerseits die Formulierung „serbokroatische oder kroatoserbische Sprache“ in der kroatischen Verfassung. Dann goss die serbische Presse noch einmal kräftig Öl ins Feuer, indem sie die These aufstellte, dass die kroatischen Serben „vom Genozid der Assimilation bedroht“ seien. Im Juni 1989 stimmte das kroatische Parlament dann gegen die von der Verfassungskommission vorgelegten Amendements zur Sprachdefinition in der kroatischen Verfassung, sodass alles beim Alten blieb. Als Ausweg aus der Sackgasse schien nur noch der Verweis auf die Autorität von Miroslav Krleža übrig zu bleiben, der einmal erklärt haben soll, dass es sich beim Serbischen und Kroatischen um eine Sprache mit zwei Namen handle. Der prominente Zagreber Marxismustheoretiker Predrag Vranicki fügte noch hinzu, dass „die Amtssprache in der kroatischen Republik, die nach dem mehrheitlichen kroatischen Volk heisst, keine andere als die Schriftsprache der Kroaten werden kann, und das ist die kroatische Schriftsprache“. Dasselbe Prinzip gestand Vranicki Serbien zu, wo die Amtssprache „serbische Schriftsprache“ heissen solle.

Neue Staaten mit neuen Verfassungen

Aber es war zu spät. Jugoslawien fiel in seine Einzelbestandteile auseinander und in den bestehenden Republikgrenzen entstanden neue Nationalstaaten, die neue Verfassungen erliessen. Als in Kroatien im April 1990 die ersten freien Wahlen stattfanden, wurde die nationalistische und antikommunistische HDZ an die Macht gespült,²⁶ was auch sofortige Initiativen zur Änderung der bisherigen Verfassung nach sich zogen, freilich auch in Bezug auf die Sprache. Im neuen Verfassungstext vom 22. Dezember 1990 wurde „die kroatische Sprache“ mit Lateinschrift als verbindlich für Kroatien ausgerufen, wobei „einzelnen lokalen Gebieten“ zugestanden wurde „auch eine andere Sprache sowie die Kyrillica“ verwenden zu dürfen. Gemeint war nichts anderes und niemand anders als die kroatischen Serben. Die Mehrheit der kroatischen Linguisten stellte sich auf Anhieb in den Dienst der Politik der HDZ. Aber nicht nur dies. Die orchestrierte Aktion kroatischer Sprachwissenschaftler, staatlicher Instanzen und Pressemedien führte dazu, dass man sich offen dazu bekannte, dass die kroatische Sprache eine eigene Schriftsprache beinhalte. Als im September 1990 Serbien eine neue Verfassung annahm, behielt man darin „die serbokroatische Sprache“ mit kyrillischer Schrift als Amtssprache bei, während die Lateinschrift „gemäss dem Gesetz“ amtlich verwendet werden könne. In der Verfassung der neuen Bundesrepublik Jugoslawien, die 1992 nur noch aus Serbien (mit der Vojvodina und dem Kosovo) und Montenegro bestand, wurde die „serbische Sprache ekavischer und ijekavischer Aussprache“ als Amtssprache und die kyrillische Schrift als amtliche Schrift festgelegt, während die Verwendung der Lateinschrift wiederum „im Einklang mit dem Gesetz“ geregelt werden soll. Die sprachliche „Säuberung“ wurde in Serbien in der Folge in geringerem Masse als in Kroatien durchgeführt, weiss Cvetković zu betonen.

In Montenegro wurde von Vojislav Nikčević das Projekt einer eigenen montenegrinischen Sprache initiiert. Das diverse phonologische und morphologische Dialektmerkmale einbezieht, die von der bisherigen serbokroatischen Tradition deutlich abweichen. Dieses Projekt fand in Montenegro selbst bisher aber wenig Beachtung. Die meisten Montenegriner benutzen weiterhin die montenegrinische Varietät des Serbischen und nennen diese je nach politischer Ausrichtung entweder Montenegrinisch oder Serbisch.²⁷

Der kroatische Sprachstreit ging übrigens zeitlich weit über das Ende Jugoslawiens hinaus. So forderte Radoslav Katičić, der mit Brozović, Ivić, Jonke u.a. einer der führenden Linguisten Kroatiens gewesen war, als Vorsitzender des Rates für die Norm der kroatischen Standardsprache im Juni 2007 seine Kollegen auf, sie sollten verinnerlichen, dass die kroatische Standardsprache „schlichtweg keine ‚Dialektgrundlage‘ hat!“ Sie sei „lediglich konsequent stilisiert“ gemäss den Merkmalen des Neuštokavischen. (so Cvetković auf S. 19).²⁸

In der Slavistik hat man eine pragmatische Lösung gefunden: Die ehemaligen, prinzipiell dieselben Serbokroatisch-Kurse werden in den Vorlesungsverzeichnissen nun gewöhnlich als Bosnisch / Kroatisch / Serbisch-Lektionen ausgeschrieben (man beachte die alphabetische Reihenfolge).

Fazit

Der ausführlichen Besprechung kurzer Sinn: die Diskussion, der Disput über die Sprach(en)frage in Jugoslawien, deren Ablauf wir dank des hochinteressanten Harrassowitz-Buches von Ksenija Cvetković-Sander jetzt im Detail kennen, lässt sich gemäss ihrer Darstellung in ein paar Sätzen wie folgt zusammenfassen, wobei man etwas im Unklaren ist, bei welchem Punkt man beginnen soll. In Kroatien und Gesamtjugoslawien gab es bezüglich der Sprach(en)frage, vor allem im Bereich der Definition des Serbokroatischen, also einen starken und latenten Dissens zwischen („nationalistischen“) Linguisten und elitären Kulturintellektuellen einerseits und der Kommunistischen Partei andererseits. Dieser Dissens schien im eher ‚zentripetalen‘ (oder ‚integrativen‘) Serbien weniger

²⁶ 1990/91 wechselten 50-70'000 Mitglieder des BK zur HDZ (Mappes-Niediek, Kroatien, S. 84).

²⁷ S. http://de.wikipedia.org/wiki/Serbokroatische_Sprache.

²⁸ Die heutige orthographische Schulpraxis in Kroatien basiert auf den Rechtschreiberegeln von 1996, bei denen es sich wiederum um die 4. Ausgabe des Handbuchs für diejenige kroatische Orthographie handelt, die 1971 im Zuge der Niederschlagung des „Kroatischen Frühlings“ verboten und tabuisiert wurde und als „Londoner“ Orthographie weiter existierte. (s. erneut <http://hr.wikipedia.org/wiki/Londonac>).

stark ausgeprägt zu sein als im ‚zentrifugalen‘ oder ‚separatistischen‘ Kroatien. Bosnien-Herzegowina und Montenegro waren Sonderfälle und mehr oder weniger der einen oder anderen prinzipiellen Naturkraft zuzuordnen. Die Kommunistische Partei (Bund der Kommunisten) vertrat in allen Republiken im Prinzip die gleichartige Argumentation von der föderalen Einheit und favorisierte die einheitliche serbokroatische oder serbisch-kroatische (bzw. kroatisch-serbische usw.) Bundessprache. Nationale Partikularinteressen wurden vom BK verfassungsrechtlich im Sinne der Formel jedinstvo i bratstvo nicht zugelassen, obwohl man sich mit den konkreten Definitionen und Formulierungen oft etwas schwer tat. Die praktischen Diskussionen drehten sich vor allem um Fragen wie die Unterschiede zwischen „Kroatisch“ und „Serbisch“, „Bosnisch“, „Montenegrinisch“ und fokussierten sich auf Themen wie die angemessene Bezeichnung für die entsprechenden Standard- und Volkssprachen. Sie befassten sich mit dialektalen Differenzen („Štokavisch“, „Čakavisch“ und „Kajkavisch“) und beschäftigten sich mit der Aussprache bzw. Phonetik („Ekavisch, Ijekavisch“ und „Ikavisch“) sowie mit Fragen der Lexik, Orthographie, Grammatik, Syntax usw. Serbien bestand auf der Anwendung des Terminus „Serbokroatisch“, Kroatien hingegen auf „Kroatoserbisch“. Dies waren Angelegenheiten, derer sich vor allem Sprachwissenschaftler und Philologen annahmen und es auch ausgiebig und mit massloser Redundanz taten.²⁹ Aber auch zwischen ihnen traten die Meinungsunterschiede deutlich zutage, sodass sie, wie Cvetković exemplarisch nachzeichnete, bei jeder einschlägigen Tagung, jeder Konferenz, jedem Symposium, zum Ausdruck kamen und zur Unsitte führten, dass man die Ansichten und Vorschläge des jeweils anderen immer wieder systematisch boykottierte und sabotierte. Serben, Kroaten, Muslime, Montenegrinern, Slowenen, Makedonier, Albaner usw. versteigerten sich derart in immer groteskere theoretische und ideologische Debatten, sodass sie sich im Grunde im Kreise drehten und die Öffentlichkeit kaum je tangierten oder wohl nur gelangweilt hätten, denn das einfache Volk, teilweise noch aus vielen Ungebildeten bestehend, konnte die von ihnen akademisch geführten Dispute nicht wirklich nachvollziehen. Im Grunde handelte es sich ja auch um der Vergangenheit zugewandte Themen, die im Grossen und Ganzen der Fachwelt vorbehalten waren und von dieser in den Medien hochstilisiert wurden. Das Verhältnis der entsprechenden Sprachvölker zum Streit der Experten ist weitgehend unbekannt und blieb unerforscht. Cvetković bestätigt, dass die kroatischen, serbischen, bosnischen, montenegrinischen Sprecher der gesamten sozialistischen Ära nicht in die Diskussion einbezogen wurden, zumindest lasse sich dies nicht rekonstruieren. Die Meinung der Sprecher der betroffenen Idiome selbst habe die Linguisten nicht besonders interessiert. Andererseits sei davon auszugehen, dass die (nationalistischen) Eliten von einem nicht geringen Teil der entsprechenden ‚Basisvölker‘ in den einzelnen Republiken unterstützt wurden. Die Geschichte des Sprachstreits im ehemaligen Jugoslawien ist also immer auch die Geschichte des subjektiven, individuellen, d.h. nationalen und persönlichen Gesichtspunkts. Zwar wurde ab und zu eine Meinungsumfrage oder eine politische Abstimmung durchgeführt oder einzelne Leser äusserten sich in den Medien, aber eine breite demokratische und öffentliche Diskussion kam nie zustande. Dass es zu solchen Umfragen kam, dokumentiert die Autorin noch in einem kurzen Unterkapitel, in dem eine von der Zagreber Universität im November 1989 durchgeführte Befragung von gut 2500 Personen aus 18 kroatischen Bezirken vorgestellt wird, bei der die Mehrheit angab, dass das Serbokroatische grundsätzlich für eine Sprache zu halten sei. Offenbar gelangten am Ende auch die meisten Fachleute in Jugoslawien selbst zu dieser Schlussfolgerung, auch wenn die Existenz von Varianten, Varietäten, Dialekten und verschiedenen Aussprachen nicht verneint wurde. Nun scheint es, dass der von der internationalen Slavistik lange aufrecht erhaltene Terminus „Serbokroatisch“ aus nachvollziehbaren Gründen tot ist. Mit Bestimmtheit ist die linguale Situation der südslawischen Zwillinge der Serben und Kroaten, also zweier verschiedener Völker mit einer im Prinzip gleichen Sprache aber mit unterschiedlicher Geschichte und diversen, wenn nicht gegensätzlichen Kulturen, eine ganz besondere und einzigartige auf der Welt. Ob sie mit der Situation der englischsprachigen Völker vergleichbar ist, wie Brozović behauptete, sei dahingestellt. Dass historisch gesehen eine genuin kroatische und genuin serbische Kultur absolut vorhanden ist, die sich sogar aus mehreren Einzelkulturen (dalmanische, slawonische, katholische, orthodoxe, usw.) zusammensetzen soll, scheint mir ausser Zweifel zu sein. Und es ist völlig richtig und wünschenswert, wenn die betroffenen Völkerschaften heute wieder an ihre alten

²⁹ Ein slowenischer Freund, der sich gut an diese Zeit erinnert, machte mich darauf aufmerksam, dass man vor allem linguistische und ähnliche nebensächliche Diskussionen bis zum Exzess betrieb, weil die wirtschaftlichen und politischen Themen im damaligen Jugoslawien aus politisch-ideologischen Gründen nicht objektiv diskutiert werden konnten bzw. durften.

Nationalkulturen anschliessen können, um das Erbe zu pflegen und die individuellen Traditionen am Leben zu erhalten, die von den Kommunisten unterbrochen und beschädigt wurden, denn durch die beschleunigte Globalisierung der Gegenwart droht neue Gefahr, als kleine Volkskulturen nivelliert zu werden.

Dafür, dass die Slowenen schon früh ‚separatistische‘ Tendenzen zeigten und sich von den ‚Jugoslawen‘ abwandten, ist unschwer Verständnis aufzubringen, denn beim Slowenischen handelt es sich zweifellos um eine genuin selbständige Slavine, die, wie etwa das Weissrussische oder Ukrainische bei den Ostslawen das legitime Recht auf reale Einzelexistenz und Sonderbehandlung hat. Im slowenisch-serbokroatischen Streit ging es ja auch weniger um linguistische Fragen oder um die Abgrenzung von anderen Sprachen, als vielmehr um politisch-nationale Eigeninteressen, um sprachliche Gleichberechtigung und um die Verhinderung praktischer Übervorteilung durch die eine oder andere Sprache. Zweitens zogen die Slowenen historisch ihre Lehren aus den Erfahrungen, die sie zuerst im Königreich Jugoslawien und dann im sozialistischen Jugoslawien mit den Serben und Kroaten gemacht hatten. So steuerten sie wohl zu Recht konsequent auf die politisch-nationale Souveränität zu, da sie aus verschiedenen Gründen nicht länger von Belgrad, Zagreb, Sarajevo oder Titograd aus regiert oder überstimmt werden wollten. Hochinteressant ist die sprachliche und politische Entwicklung des Makedonischen, dem es gelang, trotz starken serbischen Widerständen sich neben dem Bulgarischen als selbständige Schriftsprache zu behaupten. Auch dem Albanischen gelang es, seinen Status innerhalb Jugoslawiens aufzuwerten. Diese beiden Themen, die die Autorin in ihrem Buch in separaten Buchabschnitten aufgearbeitet hat, verdienen eine gesonderte Würdigung und Rezension. Der Hauptverdienst der fleissigen Arbeit Ksenija Cvetković-Sanders ist, mit einschlägigen Zitaten aus dem schwer zugänglichen Schrifttum aufgezeigt zu haben, wie eine Diskussion wie diejenige über die linguistische Einordnung und über die nationale Funktion der Sprachen Jugoslawiens, *nicht* geführt werden sollte, um nicht, wie im Fall des Serbokroatischen oder Kroatoserbischen, direkt in die Sackgasse hineinzuführen.

Andreas Künzli
www.osteuropa.ch
www.balkan.ch
Juni 2012

PS Jugoslawische Sprachfrage und die Esperanto-Bewegung

In gewissen Kreisen der Esperanto-Bewegung, wie etwa in denjenigen von Zlatko Tišljär, eines fanatischen Esperanto-Propagandisten aus Zagreb/Maribor, wurde allen Ernstes immer wieder behauptet, Jugoslawien sei zerfallen, weil es keine gemeinsame Sprache besessen habe. Daraus wurde sogar die Vorsehung abgeleitet, die Europäische Union würde auseinander brechen, weil sie über keine gemeinsame Sprache verfüge.

Die zweifelhafte Behauptung solcher Esperantisten, Jugoslawien sei wegen der Sprachfrage auseinander gebrochen, ging wohl zu weit und muss nach den vorliegenden Erkenntnissen wohl als abwegig und unrichtig zurückgewiesen werden, zumal ihre Stichhaltigkeit nicht nachgewiesen werden konnte. Vielmehr scheint für den Zerfall Jugoslawiens die nationale Frage als solche selbst im Vordergrund der Kausalitäten gestanden zu haben, wobei vor allem die kräftige nationalistische Schubwirkung auf slowenischer und kroatischer Seite (gemeinsam gegen Belgrad und den Rest Jugoslawiens) für das Auseinanderdriften als verantwortlich angesehen werden muss. Die übrigen Republiken waren eher bundesorientiert. Nun, es sei das Recht jedes Volkes unterstrichen, in einem eigenen staatlichen Gemeinwesen zu leben. Das galt und gilt auch für die einzelnen Völker

Jugoslawiens. Die Hypothese vom Fehlen einer gemeinsamen jugoslawischen Sprache à la Esperanto ist wohl als Chimäre im Sinne einer intellektuellen Fiktion ganz weniger und einsamer Protagonisten zu verstehen. Das Serbokroatische hatte sprachpolitisch einen doppelten Charakter: Einerseits wurde es in Jugoslawien von Slowenien bis Makedonien als übergeordnete Bundessprache eingesetzt und verwendet, was etwa bei den Slowenen sehr bald auf Widerstand stiess, sobald sie das Serbokroatische als aufoktroierte Hegemonialsprache empfanden. Ähnliche Abwehrreaktionen liessen sich bei den Montenegrinern erkennen, wenn man in Montenegro eine ekavische oder ijekavische Schriftsprache aus Belgrad oder Zagreb einpflanzen wollte. Die Jugoslawen reagierten auf alle Versuche äusserst allergisch, wenn man sie mit den nationalen Ansprüchen des jeweils anderen gegenseitig übervorteilen wollte. Ihr beachtenswerter Sinn für (z.B. sprachliche) Gleichberechtigung ging in den Kriegen der 90er Jahre aber dann kläglich unter. Die Frage, ob eine grundsätzlich neue gemeinsüdslawische (jugoslawische) Sprache auf künstlichem Wege hätte geschaffen werden können, wurde offenbar nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Man hätte in diese neue Sprache wohl auch das Slowenische, Makedonische und Bulgarische miteinbeziehen müssen (vgl. Rumantsch Grischun). Für die Erörterung und mögliche Lösung dieser hypothetischen Frage hätte die Slavistik und Interlinguistik (Wissenschaft von den Plansprachen) einen Beitrag leisten können. Bei den Esperantisten Jugoslawiens selbst stand einerseits aber vor allem die Propaganda des Esperanto und andererseits der Konformismus dem jugoslawischen Selbstverwaltungsozialismus gegenüber, beides statuarische Ziele von Esperanto-Organisationen, als Prioritäten im Vordergrund des Interesses.³⁰

³⁰ Dem jugoslawischen Staat am loyalsten gegenüber schienen sich meiner Beobachtung zufolge die bosnischen Esperantisten in Sarajevo verhalten zu haben. Eine relative starke eigenständige Esperanto-Bewegung gab es in Zagreb. Die Analyse der Diskussionen innerhalb der jugoslawischen Esperanto-Bewegung steht noch bevor. Dazu nur dies: 1972 machte die Slowenische Esperanto-Liga der Politik den inoffiziellen Vorschlag, Esperanto für den internen Gebrauch zu verwenden. Die analoge Absurdität der jugoslawischen Sprachdiskussion schlug sich auch im allerletzten Kongress der Jugoslawischen Esperanto-Liga des Jahres 1987 in Banja Luka nieder (wo der Rezensent selbst an einem wissenschaftlichen Kolloquium teilnahm). Wie ein slowenischer Teilnehmer, der damals eine Leitungsfunktion innehatte, sich nach 25 Jahren erneut erinnerte, liess das Reglement sämtliche offiziellen Sprachen Jugoslawiens als zu verwendende Arbeitssprachen zu, plus Esperanto. Die kroatischen Esperantisten hätten aber dagegen protestiert und gefordert, alleine Esperanto als Konferenzsprache zu akzeptieren. In der Praxis schien es dann aber offenbar Probleme mit der Esperanto-Übersetzung gegeben zu haben, sodass die einzelnen Konferenzteilnehmer, um von den anderen verstanden zu werden, vorwiegend das Slowenische und Serbokroatische verwenden mussten und ihre Redebeiträge gleichzeitig selbst ins Esperanto übersetzten (es muss nicht besonders erwähnt werden, dass solche ‚Sprachprobleme‘ an internationalen Konferenzen heute mit dem Englischen ‚gelöst‘ werden, was Esperantisten ungerne zur Kenntnis nehmen). Offiziell verfügte die Jugoslawische Esperanto-Liga über den Status einer ‚gesellschaftlichen Organisation‘ (im Unterschied zu den sog. ‚Bürgerorganisationen‘, von denen es ca. 300 gab und die nur ‚persönliche Interessen‘ vertreten). Formell war die Jugoslawische Esperanto-Liga also einer der wenigen vom Staat anerkannten ‚Gesellschaftsorganisationen‘ und etwa dem ‚Jugoslawischen Bund der Sozialistischen Jugend‘ gleichgestellt, deren Konferenz vom 28.2.1986 wiederum die Jugoslawische Esperanto-Liga als deren Kollektivmitglied akzeptierte, um die lange Tradition und das Erbe der Esperanto-Bewegung in Jugoslawien als ‚fortschrittliche‘ (Arbeiter-)Bewegung zu anerkennen. Die Aufgabenbereiche der Jugoslawischen Esperanto-Liga waren ausser dem statuarischen Ziel, Esperanto zu verbreiten, aber vor allem die gesellschaftlichen und ideologisch-soziopolitischen Ziele der Kommunisten zu verwirklichen. (gemäss: Čolić, Senad: Pozicija de Esperanto-movado en la Jugoslavija soci-politika sistemo. In: Čolić, Senad: Sociaj aspektoj de la Esperanto-movado. Kolekto de referaĵoj. Savez za esperanto BiH, Sarajevo 1988, S. 132-136). In diesem Sinne war die Jugoslawische Esperanto-Liga lediglich ein Anhängsel des BKJ mit der Aufgabe, die eigenen Mitglieder zu organisieren. Auf die innerjugoslawische Sprachdebatte hatte das Programm dieser Esperanto-Organisation aber offenbar keine Auswirkungen. Gemäss Angaben der Esperantisten soll auch Tito einmal Esperanto (im Gefängnis) kurz gelernt und sich wohlwollend über diese Sprache geäussert haben. Tito war Oberschirmherr des 38. Esperanto-Weltkongresses gewesen, der 1973 in Belgrad stattfand (s. ‚Josip Broz Tito‘, Wikipedia, Esperanto-Version). Aus Dankbarkeit pilgerten die Esperantisten nach 1980 immer wieder zur Grabstätte Titos in Belgrad. Übrigens war auch D. Brozović ein aktiver Esperantist gewesen. Was das Esperanto-Schrifttum anbelangt, sind mir von ihm folgende Beiträge bekannt (gemäss Trovanto, Wien): Pri pozicio de Esperanto en lingva tipologio (In: Internacia lingvistika simpozio ‚Esperanto kiel lingvistika bazo de universala gramatiko kaj de metalingvo kaj kiel universala lingva fenomeno‘. Zagreb 1976; Unueco kaj diverseco en la lingvoj de la mondo: novaj eltrovoj en lingvistiko (mit Velimir Piškorec und Grant Goodall). In: Internacia Kongresa Universitato. Rotterdam 2001.